

Zwischenbericht

Klimaschutz in Kommunen-

Strategische Umsetzung des nachhaltigen Energiemanagements zur CO₂-Minderung

Berichtszeitraum September 2008 – Februar 2009



Auftraggeber:

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)
Schwerpunkt Umweltkommunikation in der mittelständischen Wirtschaft
Ansprechpartnerin: Frau Vera Exner, Referatsleiterin

An der Bornau 2
49090 Osnabrück

Auftragnehmer:

Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation (ISP)
der Fachhochschule Erfurt
Prof. Dr.-Ing. Heidi Sinning (Projektleitung)
Dipl.-Ing. Guido Spohr

Altonaer Straße 25
99085 Erfurt
Telefon: 0361/6700-375
Telefax: 0361/6700-373
E-Mail: sinning@fh-erfurt.de

In Kooperation mit:

Büro für zukunftsfähige Regionalentwicklung BzR
Dr.-Ing. Holger Kreft
Werksstraße 15
45527 Hattingen
Telefon: 02324/200 217
E-Mail: werkstatt@bzs-kreft.de

Inhalt

1	Zielsetzung des Projekts	4
2	Bisheriger Projektablauf und Meilensteine.....	5
2.1	Best-Practice-Beispiele	5
2.2	Handlungsleitfaden zur Umsetzung des Klimaschutzmanagements in Kommunen.....	21
2.3	Öffentlichkeitsarbeit und Marketing im Projekt Klimaschutz in Kommunen	22
2.3.1	Ziele und Inhalte der Website www.klima-kommunen.de	22
2.3.2	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.....	23
2.3.3	Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen.....	24
2.3.4	Kommunales Interesse anderer Städte und Gemeinden am Aufbau eines kommunalen Klimaschutzmanagements	24
2.4	Modellstadt Darmstadt	25
2.5	Modellstadt Eisenach	29
2.6	Modellstadt Rheinberg.....	33
2.7	Assoziierte Städte.....	37
2.8	Fachbeirat	38
3	Anhang	39
3.1	SWOT-Analyse Darmstadt	40
3.2	SWOT-Analyse Eisenach	46
3.3	SWOT-Analyse Rheinberg.....	55
3.4	Presseresonanz	64
3.4.1	Wissenschaftsstadt Darmstadt.....	64
3.4.2	Stadt Eisenach	66
3.4.3	Stadt Rheinberg.....	68
3.5	Klimakonzept der Stadt Rheinberg	73

1 Zielsetzung des Projekts

Das Projekt überträgt die Instrumente des Kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements (KNM) auf den Klimaschutz- und Energiebereich. Bezogen hierauf ist das Ziel des KNM, die CO₂-Emissionen langfristig deutlich zu senken. Dazu ist es nötig, Entscheidungs- und Arbeitsabläufe in Verwaltung und Kommunalpolitik hinsichtlich der Klimaschutzziele zu optimieren. Zudem sollte es gelingen, eng mit privaten Partnern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, sich besser zu vernetzen und die Kommunikation zwischen allen Beteiligten zu verbessern.

Das Kommunale Nachhaltigkeitsmanagement setzt auf einen integrativen Ansatz, der Handlungsbereiche unterschiedlicher Ressorts betrachtet. Zentrale Handlungsfelder liegen beispielsweise in den Bereichen:

- Energieversorgung,
- Bauleitplanung,
- kommunales oder betriebliches Energiemanagement,
- Gebäudesanierung und
- Mobilität.

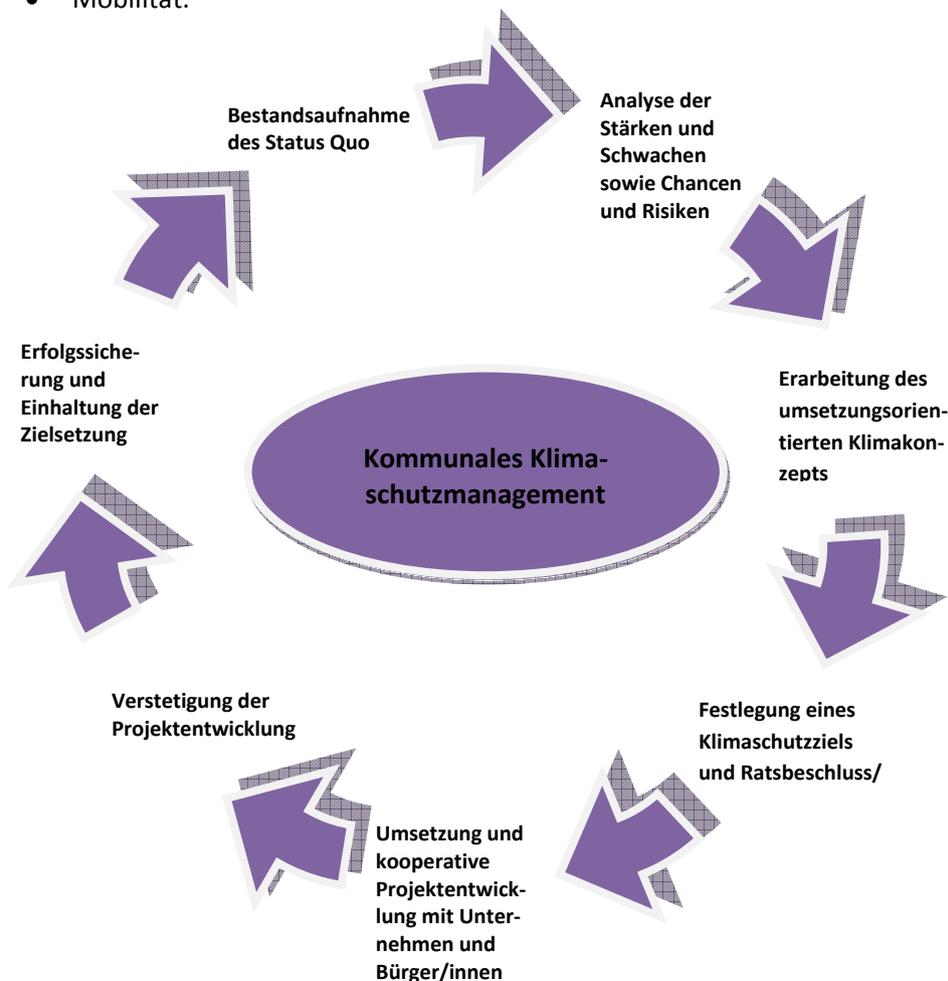


Abb. 1: Beispielhafte Darstellung der Bausteine eines kommunalen Klimaschutzmanagements (eigene Darstellung)

Das Projekt hat das Ziel,

- die Energieeinsparung und Minderung von CO₂-Emissionen zu forcieren,
- die Kosteneffizienz von Strategien und Maßnahmen zu steigern,
- bestehende Netzwerke aufzugreifen, tragfähige, effektive Klimaschutznetzwerke aufzubauen und zu etablieren,
- konkrete Projekte umzusetzen,
- Handlungsleitfaden für Kommunen zu erstellen sowie
- den Transfer in Praxis und Wissenschaft gewährleisten.

Das Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der Fachhochschule Erfurt (ISP, ehemals Fachgebiet Planung und Kommunikation) und das Büro für zukunftsfähige Regionalentwicklung Hattingen (bzt) setzen in den nächsten drei Jahren modellhaft diesen integrierten Ansatz in den drei Modellstädten Darmstadt, Eisenach und Rheinberg um. Diese haben sich im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbs für das Modellprojekt qualifiziert und sich gleichzeitig ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt, die über das bisher übliche Maß und politische Zielsetzungen hinaus gehen.

2 Bisheriger Projektlauf und Meilensteine

2.1 Best-Practice-Beispiele

Wie bereits im ersten Zwischenbericht erwähnt, wurden fünf Städte in Deutschland als gute Beispiele ausgewählt. Alle Städte haben mittlerweile den Weg zu einem kommunalen Klimaschutzmanagement beschritten, weisen jedoch untereinander noch deutliche qualitative Unterschiede im Fortschreiten und Verstetigen sowie im Erreichen der Klimaschutzziele auf. Alle Städte sind jedoch aktuelle Vorreiter im Klimaschutz unter Beachtung kooperativer und verstetigter Prozesse mit der Wirtschaft und Bürgergesellschaft.

Die zentralen Kriterien für die Auswahl der beispielhaften Großstädte mit Bezug auf die Stadt Darmstadt sind:

- Annähernde Vergleichbarkeit von Einwohnerzahlen (Esslingen, Heidelberg),
- räumliche Vergleichbarkeit (u.a. Lage in Ballungszentren, wie Esslingen oder Heidelberg),
- Vergleichbarkeit der Ambitioniertheit der Planungen und Konzepte im Bereich Klimaschutz (siehe Münster, Freiburg oder Heidelberg),
- Netzwerkaktivitäten im Bereich Klimaschutz mit der lokalen Wirtschaft und Bürgergesellschaft (insbesondere Münster und Heidelberg),
- Anwendung von Managementsystemen und eines Management-Zyklus, Verstetigung eines Klimaschutzmanagements,
- finanzielle Vergleichbarkeit von Budgets (insbesondere Esslingen, aber auch Freiburg).

Eine Ausnahme bildet aufgrund der Größenordnung die Landeshauptstadt München. Dies wird damit begründet, dass München viele nachahmenswerte Netzwerkaktivitäten insbesondere mit

den kleinen und mittleren Unternehmen durchführt und ein positiver Austausch insbesondere zwischen der lokalen IHK und der Kreishandwerkerschaft erkennbar ist.

Im Folgenden werden die guten Beispiele vorgestellt. Die Reihenfolge stellt eine Bewertung basierend auf den bisher vorliegenden Informationen dar, inwieweit die Städte und Gemeinden bereits ein Klimaschutzmanagement aufgebaut haben oder dies sich im Aufbau befindet.

Lernen von Münster als bundesweites Beispiel mit Modellcharakter in allen Bereichen

Managementbausteine in der Stadt Münster

- 1995: Koordinierungsstelle für Klima und Energie, Vollzeitstelle
- 1995: Erste Erstellung einer Klimabilanz für die Stadt Münster
- 1995: Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Münster sowie Beschlussfassung des Stadtrates über ein Minderungsziel von 25 Prozent CO₂ bis 2010 mit Basisjahr 1995
- Monitoring der Ziele über ein regelmäßiges Berichtswesen seit 1995 (mittlerweile drei Fünf-Jahres-Klimabilanzen erstellt). 2005 wurde festgestellt, dass die Stadt ihr Ziel von 25 Prozent CO₂-Einsparung (Start 1995) mit 21 Prozent für 2005 fast erreicht hat.
- Seit 2008: Erneuerung des Klimaschutzziels von 40 Prozent Reduzierung CO₂ bis 2020; Beschluss seitens des Stadtrates

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen:

- Seit 1992: Beirat für Klima und Energie als beratendes Gremium für Verwaltung und Politik
- Netzwerk ALTBAUNEU sowie ALTBAU Partner Handwerk (Netzwerkbildung zwischen Kreishandwerkerschaft, Stadt und Unternehmen zur Qualifizierung der Handwerkerschaft und Förderung von Aktivitäten im Gebäudebestand.
- Internationale Klimapartnerschaften mit Projekten in der Dritten Welt und Osteuropa

Klimaschutzaktivitäten

- Die Stadt führt auf breiter Basis umfangreiche Klimaschutzaktivitäten durch, insbesondere im Bereich Mobilität, Bestandssanierung und mit letzterer verbunden regionale Wertschöpfung. Im Bereich der Mobilität hat der Radverkehr bundesweit einen vorbildhaften Anteil am Modal Split Münsters.

Fazit: Insgesamt ist festzustellen, dass die Stadt Münster bereits erfolgreich ein Kommunales Klimaschutzmanagement eingeführt hat. Sie erstellt seit 1995 regelmäßige Energie- und Klimabilanzen. Basierend hierauf werden Konzepte zur Umsetzung von Klimaschutzaktivitäten formuliert und Klimaschutzziele seitens der Kommunalpolitik festgelegt. Diese werden im Rahmen weiterer Bilanzierungen auf ihre Erreichung überwacht und geprüft. Erfolgreiche und nachahmenswerte Netzwerke mit dem lokalen Handwerk und Unternehmen zielen darauf ab, die Energieeffizienz im

Gebäudebestand zu steigern und Klimaschutzaktivitäten umzusetzen als auch die regionale Wertschöpfung zu steigern. Gleiches gilt jedoch in kleineren Netzwerken für den Bereich der Mobilität. Beratend steht der Stadt Münster der Beirat für Klima und Energie zur Seite, der Empfehlungen zum Klimaschutzmanagement an Politik und Verwaltung gibt.

Mehrwert für Darmstadt: Dieser resultiert aus der Tatsache heraus, dass die Stadt Münster ein Vorbild im kommunalen Klimaschutzmanagement für Darmstadt ist. Klimaschutzkonzepte und Klimaschutzziele resultieren hier konkret aus CO₂-Bilanzierungen. Die Projekte, die durchgeführt werden, sind maßgeblich aus diesen Zielen und Konzepten abgeleitet worden. Qualifizierte Netzwerke begleiten die Projektideenentwicklung und deren –umsetzung zur Forcierung der Klimaschutzaktivitäten. Hier ist das Beispiel der „Altbau Partner Handwerk“ sehr gut auf Darmstadt übertragbar, da auch die Problemlagen sehr ähnlich sind im Bezug auf den privaten Wohngebäudebestand. Zur Umsetzung des ambitionierten Verkehrsentwicklungsplans 2015 der Stadt Darmstadt können die positiven Erfahrungen der Stadt Münster sehr hilfreich sein. Ein weiterer Managementbaustein ist bei der Stadt Münster gut ablesbar: Die Klimabilanzierung ist verstetigt, anhand dieser liest die Stadt konkret ihren Zielerreichungsgrad ab und kann neue Ziele und Schwerpunkte definieren oder die alten entsprechend anpassen. Hieraus resultiert auch ein Ansporn für die Stadt Darmstadt, ihr Klimaschutzmanagement zu verstetigen und das Klimaschutzkonzept 2002 wieder stärker in den Fokus kommunaler Klimaschutzaktivitäten zu rücken.

Heidelberg – Netzwerke zur Bestandssanierung und Imagekampagnen

Managementbausteine in der Stadt Heidelberg

- Koordinierungsstelle ist das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie
- Mitte der 1990er Jahre: Beitritt zum Klimabündnis e.V. und damit Verpflichtung zu Klimaschutzzielen der Organisation
- CO₂-Bilanzen und Klimaschutzkonzepte werden 1992 erstellt und 2004 fortgeschrieben, es wird erkannt, dass die Klimabündnisziele nicht erreicht werden konnten. Sie werden mit der Fortschreibung der Bilanz angepasst.
- Seit 2004: Klimaschutzziel von 20 Prozent Reduzierung CO₂ bis 2015; Beschluss seitens des Stadtrates
- Regelmäßige Durchführung eines kommunalen Energiemanagements für die kommunalen Liegenschaften
- Aktuell in der Vorbereitung Einführung eines Nachhaltigkeitsmanagement über den AGENDA 21-Prozess

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen:

- Netzwerkbildung hat u.a. seit Mitte der 1990er Jahre Tradition. Die Durchführung der Energie-Tische, dem Heidelberger Kreis für Klimaschutz und Energie, dem Netzwerk Energieberatung, Kooperationsprojekten mit den Kirchen sowie der bundesweit einzigartigen Image-

kampagne „Gesicht zeigen für den Klimaschutz“ belegen dies. Regelmäßig wird im Rahmen der Kooperationen mit der Wirtschaft und Bürgergesellschaft kooperiert, um die Klimaschutzziele gemeinsam zu erreichen.

Klimaschutzaktivitäten

- Die Stadt führt auf breiter Basis umfangreiche Klimaschutzaktivitäten durch, insbesondere im Bereich Bestandssanierung und damit verbunden regionale Wertschöpfung, aber auch im Bereich nachhaltiger Stadtentwicklung und Mobilität.

Fazit: Die Stadt Heidelberg verfügt ebenfalls über ein verstetigtes Klimaschutzmanagements, das jedoch im Gegensatz zu Münster durch ein weniger stringentes Monitoring (Bilanzierung etc.) zu charakterisieren ist. Werden in Münster Berichtszeiträume von fünf Jahren eingehalten, so lag zwischen der ersten und der zweiten Klimabilanz in Heidelberg zwölf Jahre. Dass das Management jedoch greift, zeigt die Tatsache, dass mittels der Bilanzierung auch eine Anpassung der Klimaschutzziele erfolgte. Basierend auf den Bilanzierungen und den daraus resultierenden Klimaschutzziele entwickelt die Stadt Heidelberg ihre Klimaschutzkonzepte. Heidelberg weist mittlerweile, ähnlich Münster, eine Beteiligungstradition auf, um Projektideen kooperativ zu entwickeln und umzusetzen.

Mehrwert für Darmstadt: Darmstadt kann aus mehreren Gründen von Heidelberg lernen, hier sind insbesondere die Klimaschutzaktivitäten der Stadt im Bereich der Konversion, der Altbausanierung und der Imagebildung und Öffentlichkeitsarbeit zu nennen. Die Imagekampagne „Gesicht zeigen...“ als Marketingstrategie für das Thema ist absolut nachahmenswert, da nachgewiesen werden konnte, dass der hohe Wiedererkennungswert der Kampagne im Stadtbild dazu führte, dass Bewusstsein der Bevölkerung zu schärfen und die Eigeninitiative der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken. Von Heidelberg kann auch gelernt werden, wie Energieeffizienz erfolgreich in Neubauprojekten auf Konversionsflächen umgesetzt wird. Dies gilt aktuell für das Gebiet K6 in Darmstadt, aber auch für die zukünftig anstehenden Aufgaben im Bereich der Konversion. Die Konversion von u.a. Militärflächen stellt eine zentrale Zukunftsaufgabe für Darmstadt dar.

Ein weiterer Baustein ist ebenfalls von hohem Mehrwert für Darmstadt. Ähnlich der Stadt Münster verfügt die Stadt Heidelberg über sehr gut funktionierende Netzwerke mit der lokalen Wirtschaft und hier mit den kleinen und mittleren Unternehmen sowie deren Multiplikatoren. Regionale Wertschöpfung und Klimaschutzaktivitäten werden zielführend hierdurch verknüpft. Insbesondere hinsichtlich der mangelnden Integration seitens der IHK und der Kreishandwerkerschaft in Darmstadt sollten verstärkte interne Informationsaustausche seitens der kommunalen Vertreter und Vertreterinnen in Darmstadt mit der Stadt Heidelberg stattfinden, um dieses zentrale Hemmnis einer verstärkten Netzwerkbildung zu lösen. Dies gilt insbesondere für die Verwaltungseinheiten Stadtentwicklung und Wirtschaft wie Umwelt/Agenda 21, mit Abstrichen auch für den Bereich Tiefbau und Mobilität.

Freiburg- Klimaschutz durch nachhaltige Stadterweiterung und Erneuerbare Energien

Managementbausteine in der Stadt Freiburg

- Koordinierungsstelle ist das Umweltschutzamt, die Koordination und Durchführung von Aktivitäten ist insgesamt auf mehrere Positionen verteilt
- Monitoring der Ziele über ein regelmäßiges Berichtswesen seit 1997 (mittlerweile eine Zehn-Jahres-Klimabilanz erstellt). 2006 wurde festgestellt, dass die Stadt ihr Ziel von 25 Prozent CO₂-Einsparung (Start 1995) zwar verfehlt, ihre Anstrengungen jedoch unvermindert weiter führt.
- Klimaschutzkonzept 2007: Erneuerung der Klimaschutzziele von 40 Prozent weniger CO₂ bis 2030 ab 2008

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen:

- Breiter Beteiligungsprozess in der nachhaltigen Stadtentwicklung, insbesondere bei den Stadtentwicklungsprojekten Rieselfeld und Vauban
- Netzwerke zur Altbausanierung (Netzwerkbildung zwischen Kreishandwerkerschaft, Stadt und Unternehmen zur Qualifizierung der Handwerkerschaft und Förderung von Aktivitäten Gebäudebestand)
- Solarregion Freiburg (Kooperation zwischen Unternehmen, Stadt und Zivilgesellschaft zur Förderung erneuerbarer Energien)

Klimaschutzaktivitäten

- In Freiburg werden zehn Prozent (1,2 Millionen Euro) der Konzessionsabgabe des regionalen Energieversorgungsunternehmens badenova AG an die Stadt in Klimaschutzprojekte vor allem im Verkehrs- und Gebäudesektor investiert.
- Masterplan Entschuldung der Stadt: Die Energieeffizienz in und an Gebäuden wird verstärkt, um langfristig Kosten einzusparen.
- Allein zwischen 1982 und 1999 stieg der Anteil des Radverkehrs (bezogen auf die Zahl der täglichen Wege / Ortsveränderungen) der Freiburger Bürgerinnen und Bürger von 15 auf 28 Prozent und der des öffentlichen Nahverkehrs (Zug, Stadtbahn, Bus) von 11 auf 18 Prozent. Der Anteil der mit dem Auto zurückgelegten Wege sank von 38 auf 30 Prozent.

Fazit: Die Stadt Freiburg setzt ebenfalls auf ein breites Klimaschutzmanagement und damit verbunden auf eine Kooperation mit Unternehmen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche des Handwerks, der nachhaltigen Stadtentwicklung. Als eine der wenigen Städte Deutschlands setzt Freiburg die Konzessionsabgabe für Klimaschutzaktivitäten konkret ein. Insgesamt ist der Freiburger Managementansatz, ähnlich wie der Zyklus in Heidelberg, längerfristig angelegt als der Münsteraner Ansatz. Freiburg operiert aktuell mit einem 10-Jahres-Rhythmus, um die Zielerreichung abzugleichen und ggf. anzupassen oder die Zielsetzungen beizubehalten. Vorbildlich ist die Tatsa-

che, dass die Stadt einen Masterplan Entschuldung aufgelegt hat und explizit die Entschuldung mit der Energieeffizienzsteigerung in den kommunalen Liegenschaften verbindet.

Insgesamt erscheinen die Netzwerkaktivitäten der Stadt Freiburg etwas weniger ausgeprägt zu sein, wie die Heidelberger und Münsteraner Aktivitäten in der kooperativen Projektrealisierung.

Mehrwert für Darmstadt: Nachahmenswert sind insbesondere die positiven Erfahrungen im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung am Beispiel von Rieselfeld und Vauban, die als teilweise Konversionsprojekte (Vauban) entwickelt wurden und hohe Anforderungen an eine nachhaltige Stadtentwicklung und intensiver Zusammenarbeit mit den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern in allen Phasen der Vorbereitung und Umsetzung der Planungen durchführten. Die Umsetzung von hohen anspruchsvollen Energiestandards fand hier über städtebauliche Verträge durch die intensive Bürgerbeteiligung und begleitende Energieberatung eine sehr hohe Akzeptanz in der Umsetzung baulicher Aktivitäten.

Zusätzlich ist für Darmstadt nachahmenswert, einen Masterplan Entschuldung zu erstellen, um diesen auch konkret mit Energieeffizienzmaßnahmen für die kommunalen Liegenschaften (Schulen, Kindergärten und eigene Verwaltungsgebäude) zu nutzen.

Lernen kann Darmstadt, auch aufgrund ähnlicher Topographie, von den Aktivitäten der Stadt Freiburg im Bereich der Mobilität sowie der Förderung des Umweltverbunds. Die bereits vorhandenen umgesetzten Maßnahmen sind beispielhaft für die Umsetzung des VEP Darmstadt, der seiner Umsetzung noch harret.

Esslingen - Motivation durch breite Kooperation im Bereich Sanierung und Renewables

Managementbausteine der Stadt Esslingen

- 2001: Mitglied im Klimabündnis durch Stadtratsbeschluss verbunden mit einem Klimaschutzziel von 25 Prozent Reduzierung CO₂ bis 2020; Beschluss seitens des Stadtrates
- 2008: Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Esslingen
- Monitoring und regelmäßige Berichterstattung stadtgebietsweit noch nicht vorhanden
- Regelmäßiges und jährliches kommunales Energiemanagement für die kommunalen Liegenschaften

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen:

- Öko-Profit und Solar-Profit laufen seit 2000 bzw. seit 2002
- Esslinger Modernisierungsforum „Bauen und Energie“ seit 2000
- Wärmesiegel Esslingen; Kooperation zwischen Handwerkerschaft, Energieversorger, Finanzwirtschaft und Stadt

Klimaschutzaktivitäten

- Die Stadt führt zunehmend verstärkte Aktivitäten im Bereich der Energieeffizienz im Gebäudebestand, aber auch zum Einsatz erneuerbarer Energien durch. Gleichzeitig erfolgen Modellprojekte im Bereich Stadtentwicklung (Baugebiet Egert), Bildung und Information (50/50-Projekte an Schulen, Esslinger Energiegespräche) sowie Bürgerschaftliches Engagement (Agenda-Gruppe Solar-Profit fördert in Kooperation zwischen Bürgerschaft, Handwerk und Stadt die Errichtung von Bürgersolaranlagen).

Fazit: Die Stadt Esslingen richtet ein Klimaschutzmanagement aktuell ein. Durch die Erstaufstellung eines Klimaschutzkonzeptes und eine erste Bilanzierung wird die Zielsetzung zur CO₂-Reduzierung in die Umsetzung gebracht. Bestandssanierung hat einen hohen Stellenwert, Mobilität wird jedoch als zunehmend relevanter Bereich der Emissionsreduzierung erkannt und aufgegriffen (siehe Integrierte Verkehrsentwicklungsplanung). Zentrale Bedeutung haben jedoch die Esslinger Aktivitäten im Bereich der kooperativen Umsetzung von Aktivitäten im Klimaschutz im Bereich der Bestandsmodernisierung und den beiden Profit-Prozessen, die u.a. maßgeblich seitens einer starken Agenda-Gruppe zielorientiert umgesetzt wird.

Mehrwert für Darmstadt: Beispielhaft ist in Esslingen das positive Image der Koordinationsstelle AGENDA 21 innerhalb der Stadtverwaltung. Trotz relativ schwieriger Finanzlage und der Problematik einer freiwilligen Aufgabe der Stadt stellt die Koordinationsstelle aufgrund der vielfältigen Aktivitäten, insbesondere mit dem lokalen Handwerk im Bereich der Altbausanierung ein zentrales Bindeglied für Stadt zu den weiteren kommunalen Akteuren dar. Die Idee des Wärmesiegels erfreut sich seit Jahren einer hohen Akzeptanz bei den durchführenden Akteuren.

Insgesamt ist interessant am Beispiel Esslingen, wie trotz eines geringen Haushaltsbudgets verbunden durch eine sehr intensive und gezielte Kooperation mit der Wirtschaft und Bürgerschaft Sponsoring und finanzielle Beteiligung Dritter an (Gemeinschafts-)projekten einen sehr guten Erfolg in Esslingen vorweisen und den Klimaschutz in Esslingen unterstützen. Ebenfalls sehr interessant sind die Ansätze des Öko- und des Solar-Profits. Beide Projekte sind für Darmstadt mit einem hohen Mehrwert, da sie für alle Akteure und Beteiligten vielfältige Synergieeffekte aufzeigen:

- Investition in den Umweltschutz
- Finanzielle Kostendämpfung
- Ressourcenschonung
- Steigerung des Images der Beteiligten

Für die Städte Eisenach und Rheinberg wurden zum Vergleich die Städte Crailsheim, Landau, Neckarsulm, sowie die Gemeinden Morbach und Weilerbach ausgewählt. Als gutes ausländisches Beispiel wurde Güssing in Österreich mit aufgenommen.

Die „Energierregion“ Morbach setzt ihre Aktivitäten unter das Leitbild Energieeffizienz, Beschäftigung und demografischer Wandel. Weilerbach befindet sich auf dem Weg zur „Zero-Emission-Village“. Die Recherche wird auf der internationalen Ebene vervollständigt, hier richtet sich der Fokus bisher auf die Energieautarke Stadt Güssing (Österreich).

Die zentralen Kriterien für die Auswahl der beispielhaften Gemeinden, Klein- und Mittelstädte mit Bezug auf Rheinberg und Eisenach sind:

- Annähernde Vergleichbarkeit von Einwohnerzahlen,
- räumliche Vergleichbarkeit (u.a. Städte mit eher ländlich geprägtem Einzugsgebiet),
- Vergleichbarkeit der Aktivitäten der Planungen und Konzepte im Bereich Klimaschutz,
- Netzwerkaktivitäten im Bereich Klimaschutz mit der lokalen Wirtschaft und Bürgergesellschaft),
- Einsatz von Managementsystemen und eines Management-Zyklus, Verstetigung eines Klimaschutzmanagements,
- finanzielle Vergleichbarkeit von Budgets (insbesondere für Eisenach) und
- demografische Herausforderungen.

Insgesamt ist innerhalb der Recherche festzustellen, dass der Grad der Implementierung eines Klimaschutzmanagements und der Netzwerkbildung, wie es in Groß- oder großen Mittelstädten erkennbar ist, deutlich geringer ausgeprägt ist, je kleiner die Kommunen werden. Dies liegt einerseits an der deutlich geringeren Akteursanzahl und auch anderen Arten und Wirkungsweisen von Kommunikation und somit Netzwerken. Diese können deutlich schneller aufgebaut werden. Weiterhin zeigen Klimaschutzaktivitäten in kleinen und mittleren Städten und Gemeinden in der Klimabilanz deutlich raschere Wirkung als in Groß- und Mittelstädten.

Stadt Crailsheim (Baden-Württemberg), 32.500 Einwohner

Managementbausteine in der Stadt Crailsheim

- Koordination der Klimaschutzaktivitäten über Agenda-Beauftragte der Stadt
- Mitglied im Klimabündnis e.V. bis 2005 (Austritt aufgrund der Haushaltslage), daher bis dahin Verfolgung der per Stadtrat beschlossenen Minderungsziele des Klimabündnis e.V.
- Stadtratsbeschluss über die Einrichtung der Lokalen Agenda 21 im Jahr 2000
- Die Aufstellung eines lokalen Energieversorgungskonzeptes ist vorgesehen, jedoch noch nicht umgesetzt.

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen:

- Verstetigte Netzwerke sind zwischen der Stadt, den Stadtwerken und den lokal ansässigen Unternehmen vorhanden, mit diesen wurden bereits mehrere modellhafte Projekte umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung. Diese finden sowohl bundesweit als auch europaweit Beachtung.
- Gleichzeitig bildet ein engagierter AGENDA-Prozess eine zentrale Grundlage zur Initiierung von Klimaschutzaktivitäten als kooperativer Prozess.

Klimaschutzaktivitäten

- Die Stadtwerke führen mit mehreren Unternehmen innovative Projekte durch, bspw. Procter und Gamble (Contracting und Einsatz eines BHKW => 60 Prozent CO₂-Minderung sowie Energieeffizienz an Firmengebäuden) oder der regionalen Klärschlammverwertungsanlage GmbH (Bau einer Kombinationsanlage aus Biomassekraftwerk und Klärschlammmineralisierungsanlage).
- Starker Fokus auf Energieeffizienz und Solarenergie (bundesweit größte zusammenhängende Solaranlage Deutschlands)

Fazit: Die Stadtwerke Crailsheim sind zentrale Akteure, die gemeinschaftlich mit der Stadt und lokal ansässigen Unternehmen innovative Projekte umsetzen. Gleichzeitig unterstützt der AGENDA-Prozess die Ideenentwicklung und die Umsetzung kleiner Maßnahmen sowie die Erstellung von Nachhaltigkeitszielen der Stadt. Ein Berichtswesen und eine echte Klimaschutzkonzeption sowie fixierte Klimaschutzziele sind nicht direkt vorhanden, jedoch teilweise angedacht.

Mehrwert für Eisenach: Der Ansatz einer intensiven Kooperation mit den Stadtwerken ist insbesondere für Eisenach zielführend. Stadtwerke sind lokale agierende Akteure und verstehen sich auch als sehr stark im Stadtgeschehen verankerte Akteure, da ihr Versorgungsgebiet maßgeblich die kommunale Verwaltungseinheit ist. Gleichfalls ist die Einflussmöglichkeit seitens der Kommunalpolitik aufgrund der Teilhabenschaft an den Stadtwerken recht hoch. Crailsheim hat außerdem ähnliche Problemlagen wie Eisenach, u.a. im Rahmen der kommunalen Haushaltslage. Aufgrund der guten Zusammenarbeit der Stadtwerke mit den ansässigen Unternehmen ist ein weiterer Mehrwert für Eisenach gegeben, insbesondere in einer möglichen Kooperation mit der Adam Opel AG oder einigen Zulieferbetrieben in Eisenach. Procter und Gamble ist als Global Player in Crailsheim vergleichbar mit der Adam Opel AG in Eisenach. Hier lässt insbesondere die Adam Opel AG eine Kooperation mit lokalen Akteuren bisher vermissen.

Stadt Güssing (Österreich) 3.500 Einwohner

Managementbausteine in der Stadt Güssing

- 1990: Grundsatzbeschluss des Stadtrates zum kompletten Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung
- Koordination über die Geschäftsstelle des europäischen Zentrums für Erneuerbare Energie GmbH sowie über die Bauverwaltung
- Es werden regelmäßig Klimaschutzvorprüfungen und -nachprüfungen durchgeführt.
- Es erfolgt eine regelmäßige Berichterstattung (kommunale Energiebuchhaltung).

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen

- Verstetigte Prozesse sind nicht erkennbar. Aktivitäten werden maßgeblich über Bürgermeister und Verwaltung sowie über das Europäische Zentrum für Erneuerbare Energien initiiert und umgesetzt.

Klimaschutzaktivitäten

- Die Stadt führt auf breiter Basis umfangreiche Klimaschutzaktivitäten mit dem Ziel, trotz der ehemaligen Randlage (Eiserner Vorhang) mittels des Einsatzes Erneuerbarer Energien die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Zentraler Baustein ist hierbei die Biomasse. So wurden in den letzten Jahren etwa ein Dutzend Biomasseheizwerke errichtet.
- Es wurde mittels der kommunalen Energiebuchhaltung erreicht, die die kommunalen Liegenschaften wärmetechnisch saniert und alle Anlagen auf Effizienz untersucht und ggf. optimiert wurden.
- Mittlerweile wurden die Ziele für Wärme und Strom und somit eine weitgehende Autarkie erreicht. Es besteht sogar ein Überschuss aus erneuerbaren Energieträgern, die eingespeist werden in die öffentlichen Netze. Gleichzeitig konnten die Energiepreise gesenkt werden.

Fazit: Durch den intensiven Einsatz der Biomasseheizwerke, verbunden auch mit dem Einsatz weiterer Erneuerbarer Energien hat Güssing eine weitgehende Energieautarkie erreichen können. Interessant ist, dass u.a. auch verbunden mit den gesunkenen Energiepreisen als Standortfaktor sich wiederum Unternehmen angesiedelt haben. Diese haben mittlerweile etwa 1000 Arbeitsplätze schaffen können. Das Beispiel zeigt, dass der Einsatz von erneuerbaren Energien eine strukturschwache Region deutlich beleben kann.

Mehrwert für Eisenach: Der Einsatz von Biomasse ist beispielhaft auch auf Eisenach grundsätzlich übertragbar. Eisenach und der Landkreis Wartburg verfügen über einen hohen Waldanteil, außerdem ist die Bereitschaft von lokalen Akteuren erkennbar, innerhalb dieses Themenbereichs verstärkte Aktivitäten zu initiieren. Weiterhin ist der Einsatz der Energiebuchhaltung auch für Eisenach vorstellbar.

Mehrwert für Eisenach und Rheinberg: Für beide Städte ist Güssing dahingehend beispielhaft, da am Beispiel der Stadt aufgezeigt werden kann, dass mit dem Klimaschutz sowie Einstieg in eine Energieautarkie sowie das „Setzen“ auf den Einsatz Erneuerbarer Energien“ die Wohn- und Lebensqualität vor Ort verbessert und die lokale Wirtschaftsförderung massiv unterstützt werden kann. Lernen können beide Städte auch insbesondere hinsichtlich der Standortentwicklung für Gewerbegebiet sowie deren Umsetzung von Projekten zum Einsatz erneuerbarer Energien in den Unternehmen.

Stadt Landau (Rheinland-Pfalz) 43.000 Einwohner

Managementbausteine in der Stadt Landau

- Koordinierung der Aktivitäten über die Abteilung Umweltschutz
- Leitbild der Stadt 2004: mittels des Einsatzes des Rohstoffes Holz einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Speicherung leisten; Stadt der kurzen Wege durch kompakte Bau- und Siedlungsformen (um Energieeffizienz durch den Einsatz von BHKW zu erhöhen, Verringerung des MIV, Verringerung des Energiebedarfs und –verbrauchs); Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien (Solartechnik aufgrund günstiger Sonnenstundenzahlen).
- Das Leitbild der Stadt besagt auch, dass Landau eine Vorbildfunktion im Bereich Energieeffizienz, Energieberatung und Reduzierung des Verbrauchs einnehmen will.

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen

- Stadt verfügt über gute Netzwerke zu Energieversorgern, Unternehmen und sonstigen Einrichtungen; Netzwerke zur Zivilgesellschaft sind nicht erkennbar.

Klimaschutzaktivitäten

- CO₂-freier Betrieb des Zoos Landau, hier wurde und wird ein Netzwerk zwischen allen Beteiligten zur Umsetzung dieses Projektes eingerichtet. Vielfältige Maßnahmen fördern die Umsetzung:
 - Photovoltaik auf dem Dach Zooschule
 - Sanierung von Stall- und Wirtschaftsgebäuden
 - Speicherung von CO₂ durch Pflanzung eines Zoowaldes usw.
- Energieeffiziente Bestandssanierung des Sportzentrums (Einsatz von Solarthermie, umfangreiche Dämmmaßnahmen, Einsatz Abgaswärmetauscher, Belegungsmanagement)
- Modellprojekt Lazarettgarten Landau: Energieeffiziente Stadtentwicklung und Einsatz eines umfassenden Umwelt- und Energiekonzepts im Bestand für den Umbau eines ehemals französischen Militärgeländes (Denkmalschutz) zur Wohnnutzung und Dienstleistungen (BHKW und Integration eines Nahwärmenetzes, Schaffung autofreier Zonen, Niedrigenergiehausstandard im Bestand und Neubau etc.)

- Geothermiekraftwerk Landau: Versorgung von bis zu 6.000 Haushalten mit Strom.

Fazit: Trotz der Tatsache, dass Landau nicht über umfassende Ansätze eines Klimaschutzmanagements besitzt, werden die Leitbildziele der Stadt sehr offensiv mit innovativen Ansätzen umgesetzt. Projektorientiert werden zur Umsetzung Netzwerke gegründet.

Mehrwert für Eisenach und Rheinberg: Die Stadt Landau wurde aufgrund ihrer Vergleichbarkeit (finanzielle Lage der Stadt) mit der Stadt Eisenach bewusst in die Beispielliste mit aufgenommen. Die Stadt verfügt zur Umsetzung ihrer Leitziele gute Kontakte zu Unternehmen. Weiterhin ist das Projekt Lazarettgarten ein sehr gutes Beispiel, wie energieeffiziente Stadterneuerung als Bestandteil einen integrierten Gesamtkonzepts hochwertige Lebensbedingungen schaffen kann. Diese Erfahrung können auf das Villenviertel der Stadt Eisenach übertragbar sein, da hier der Konflikt Denkmalpflege und Energieeffizienz beispielhaft gelöst werden konnte. Das Projekt Lazarettgarten ist jedoch sicherlich auch für Projekte in der Stadt Rheinberg hochinteressant, auch hier insbesondere für den Bereich Altbausanierung.

Mehrwert für Darmstadt: Das Zoo-Projekt kann einen hohen Mehrwert für Darmstadt beinhalten. Die Übertragung der Projektideen und –umsetzungen in Landau zeigen, dass selbst Städte mit solchen Projekten Energieeffizienz und Imagepflege betreiben können, die eher exotisch anmuten.

Energie-Landschaft Gemeinde Morbach (Rheinland Pfalz) 11.000 Einwohner

Managementbausteine der Gemeinde Morbach

Zur Umsetzung der Energielandschaft Morbach setzt die Gemeinde sehr auf effiziente Netzwerke im Bereich Stadt und Wirtschaft. Die Zielvorstellung ist, das Konversionsprojekt Munitionsdepot Morbach, etwa 10 Hektar, als möglichst energieneutrales Projekt zu realisieren. Morbach gilt somit als Vorbild für die Einrichtung eines Gewerbegebietes mit Schwerpunktesetzung im Bereich heimischer Energieressourcen sowie Ansiedlung neuer innovativer Technologien zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

Zentrale Steuerstelle ist das Bauamt der Gemeinde unter direkter Anbindung an den Bürgermeister. Zur Erreichung der Zielvorstellung werden Betriebe und Unternehmen angesiedelt, die davon profitieren, dass innerhalb eines regionalen Energiekreislaufs energieverbrauchende Unternehmen von energieerzeugenden Unternehmen herstellen, um eine Schadstoffminderung sowie Kostendämpfung zu gewährleisten. Hierzu gehören Unternehmen mit hohem Kälte- und Wärmebedarf, Produzenten von Biomassen oder organischen Abfällen, Unternehmen die nachwachsende Rohstoffe nutzen, Erzeuger erneuerbarer Energien sowie abschließend Unternehmen mit neuen Technologien oder Dienstleistungen im Bereich.

Zur Sicherung der Baukultur und der Bausubstanz hat die Gemeinde auch ein sehr ambitioniertes Förderprogramm für den Altbaubestand eingerichtet und bewirbt dies offensiv in allen lokalen Medien und ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Basierend auf den Klimaschutzaktivitäten der Gemeinde wurde Ende 2008 seitens des Gemeinderats per Ratsbeschluss die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde beauftragt. Daraus sollen weitere Zielformulierungen und Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung entwickelt werden, zentrale Inhalte sind:

- Weitere CO₂-Reduktion von 50 Prozent bis 2020 mit Basisjahr 2000
- Energieautarkie bis 2020 bei Strom und Wärme auf Basis erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung.
- Errichtung eines Nahwärmesystems (Holz aus Eigenbetrieb mit 3.000 ha) zur Zielerreichung

Mehrwert für Eisenach und Rheinberg: Ähnlich wie das Beispiel Güssing zeigt auch das Beispiel der Energielandschaft Morbach beispielhaft auf, wie durch eine Standortpolitik unter Energieeffizienz- und Klimaschutzgesichtspunkten neues und innovatives Gewerbe angesiedelt und gleichzeitig Ressourcenschonung betrieben werden kann. Ebenso ist für beide Stadt vorbildhaft, wie die Region regionale Wertschöpfung vorantreibt.

Neckarsulm (Baden-Württemberg) 27.000 Einwohner

Managementbausteine der Stadt Neckarsulm

- Anfang der 1990er Jahre: Erstellung eines Energiekonzeptes für die Stadt
- Koordiniert werden die Aktivitäten seitens der Bauverwaltung
- 2001: Mitglied im Klimabündnis durch Stadtratsbeschluss verbunden mit einem Klimaschutzziel von 25 Prozent CO₂-Reduzierung bis 2020; Beschluss seitens des Stadtrates.
- Eine Zielformulierung zur CO₂-Minderung seitens der Stadt besteht nicht.

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen

- Auf Betreiben der Stadt Neckarsulm wurde der gemeinnützige Verein „Solar- und Energie-Initiative Heilbronn e. V.“ eines überregionalen Netzwerkes paritätisch bestehend aus Kommunen, Wirtschaft und Privatpersonen mit dem Ziel Energieeffizienz mittels Energieberatung zu forcieren, gegründet.

Klimaschutzaktivitäten

- Neckarsulm gehört europaweit zu den Vorreitern in der Nutzung von Solarenergie. Allein in der Solarsiedlung Amorbach sind knapp 7.000 Quadratmeter Sonnenkollektoren montiert. Solarenergie deckt heute gemeinsam mit Biomasse einen großen Teil des Energiebedarfs von Privathaushalten und Gewerbe in Neckarsulm ab.
- Neben den Solaranlagen der Stadtwerke finden sich in Neckarsulm viele private Kollektorflächen. Dazu hat die Stadt mit gezielten Förderungen Anreize geschaffen. Im Jahr 2000 rief

sie ein Förderprogramm zum Klimaschutz ins Leben. Insgesamt sind in der Stadt ca. 34.000 m² Kollektorflächen (private und städtische Anlagen, Solarthermie und Photovoltaik) installiert.

- Die Stadt Neckarsulm treibt außerdem die Verbesserung der Energieeffizienz ganzer Stadtteile voran. So haben die Stadtwerke an mehreren Orten Wärmeinseln geschaffen, in denen zahlreiche Gebäude über ein Nahwärmenetz mit Energie aus Kraft-Wärme-Kopplung versorgt werden. Für die Modernisierung des Wärmenetzes in der Innenstadt holten sich die Stadtwerke kompetente Unterstützung an fünf Fachhochschulen.
- 1995 wurde das Projekt einer solarunterstützten Nahwärmeinsel im Stadtteil Amorbach begonnen und mit dem Ausbau des Wohngebietes sukzessive erweitert. In dem 50 Hektar großen neu entwickelten Wohngebiet liefern ca. 7.000 Quadratmeter Sonnenkollektoren die Wärme für Heizung und Warmwasser von über 900 Haushalten. Das Besondere an der Anlage ist, dass sie die Wärmeenergie, die im Sommer erzeugt, aber nicht verbraucht wird, für den Herbst und Winter speichern kann. Als zweites Pilotprojekt richteten die Stadtwerke Anfang 2000 ein Biomassekraftwerk als Heizzentrale im neuen Gewerbegebiet „Trendpark Süd“ ein.
- Neckarsulm hat sich als Wirtschaftsstandort in den letzten 10 Jahren weiterentwickelt vom einseitig orientierten Standort der Automobilproduktion hin zu einem diversifizierten Gewerbebestandort, hierunter Beachtung erneuerbarer Energien. In dem Kraftwerk, das im Februar 2004 in Betrieb ging, werden unbehandelte Hackschnitzel aus der Region verfeuert, pro Jahr bis zu 48.000 Kubikmeter. So spart die Stadt jährlich 3,7 Millionen Liter Heizöl und 5000 Tonnen CO₂. Finanziert wurde das Biomassekraftwerk ebenso wie die Solarsiedlung Amorbach durch die Stadt.
- Als wichtigste Voraussetzung für die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien sieht die Stadt Neckarsulm die rechtzeitige Planung von Nahwärmenetzen durch Verlegung von Niedrigtemperatur-Rohrnetzen zur Integration Erneuerbarer Energien.

Fazit: Klimaschutz- und Netzwerkaktivitäten sind bereits sehr gut in den Stadtentwicklungsprozess der Stadt Neckarsulms integriert. Vorbildlich ist das regionale Netzwerk Solar- und Energieinitiative Heilbronn e.V. auch aufgrund seiner gleichberechtigten Zusammensetzung.

Mehrwert für Eisenach und Rheinberg: Das Netzwerk Solar- und Energieinitiative Heilbronn e.V. ist nachahmenswert für die Stadt Rheinberg. Rheinberg verfügt über eine hohe Dichte an Unternehmensakteuren und öffentlicher Kooperationsinteressenten (Kreis Wesel, Stadt Moers etc.). Gleichzeitig können die Erfahrungen aus dem bestehenden lokalen Klima-Tisch e.V. in ein regionales Netzwerk integriert werden.

Für beide Städte besteht der Mehrwert insbesondere in den reichhaltigen Erfahrungen der Stadt in der nachhaltigen Siedlungsentwicklung und der Integration von Nahwärmenetzen als Grundvoraussetzung für den Einsatz von Erneuerbaren Energien. Gleiches gilt für den reichhaltigen Erfahrungsschatz der Stadt Neckarsulm in der Umsetzung von Solarenergieprojekten. Für den Standort Eisenach kann das Beispiel einer diversifizierten Gewerbeentwicklung hilfreich sein, um einseitige Wirtschaftsbeziehungen zu verringern.

Verbandsgemeinde Weilerbach (Rheinland-Pfalz) 14.000 Einwohner

Managementbausteine der Stadt Weilerbach

- Politische Zielvereinbarung ist nicht bekannt
- Zielsetzung informell ist die Machbarkeit der CO₂-Neutralität gewesen, Bezeichnung als Zero-Emission-Village (ZEV). Als Grundlage diente eine von der Stadt in Auftrag gegebene Studie zur Umsetzbarkeit.
- Koordiniert werden die Aktivitäten durch das ZEV-Bürgerbüro.

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen

- Aufbau eines HandwerkerNetzwerkes, u.a. für eine Neubau- und Sanierungsinitiative, ansonsten keine Netzwerke dauerhaft vorhanden

Klimaschutzaktivitäten u.a. durch

- Erhöhung des solaren Anteils am Strommix, bspw. durch Errichtung nennenswerter Anlagen auf Schuldächern, Kläranlagen
- Inbetriebnahme eines Windparks (10 MW), Wind deckt somit die Hälfte des Strombedarfs der VG grundsätzlich ab.
- Sanierung und energetische Optimierung von vier Grundschulen in der VG sowie Inbetriebnahme einer Holzpellettheizung in einer Grundschule
- Energieeffizienzoffensive im Bestand, Förderung und Beratung von Eigentümern und Mietern
- Beginn des Aufbaus von Nahwärmenetzen
- Inbetriebnahme eines Biomasseheizwerkes

Fazit: Die VG Weilerbach zeichnet sich durch ein hohes Klimaschutzengagement aus. Das Management wird im Sinne von Weilerbach so verstanden, dass ein enger Kreis, bestehend aus dem Bürgermeister und Akteuren aus der Verwaltung und Wirtschaft die Energieeffizienz maßgeblich vorantreibt und erfolgreich umsetzt. Die Zivilgesellschaft wird über die Maßnahme durch unterschiedliche Medien regelmäßig informiert.

Mehrwert für Eisenach und Rheinberg: Beide Städte können von dem Zero-Emission-Village-Projekt insbesondere die Handlungsansätze zur energetischen Optimierung von Schulen, der Energieeffizienzoffensive im Bestand sowie den Aufbau von Nahwärmenetzen profitieren.

Gemeinde Wettenberg (Hessen) 12.500 Einwohner

Managementbausteine der Stadt Wettenberg

- Mitglied im Klimabündnis durch Stadtratsbeschluss verbunden mit einem Klimaschutzziel von 25 Prozent Reduzierung CO₂ bis 2020; Beschluss seitens des Stadtrates.
- Beschluss der Lokalen Agenda im Jahr 1999: Zielformulierung von Energieeinsparung bei Heizung, Warmwasser und Verkehr, dem verstärktem Einsatz von Erneuerbaren Energien und der Förderung umweltgerechter Technik. Dies soll verbunden werden mit einer intensiven Bewusstseinsbildung.
- Die Koordination der Aufgaben erfolgt über den kommunalen Umweltbeauftragten der Stadt.
- Monitoring und Berichtswesen wird über den Nachhaltigkeitsbericht für die Stadt sowie über den kommunalen Energiebericht für die kommunalen Liegenschaften gewährleistet.

Netzwerkbildung zur Umsetzung von Klimaschutzzielen

- Energiebeirat der Stadt Wettenberg als beratendes Gremium für Verbraucher, Politik und Wirtschaft
- Intensive Vernetzung der Wirtschaftsakteure insbesondere KMU und Interessensverbände im Vorlauf und der Durchführung der Planung und Umsetzung des ökologisch modellhaften Gewerbeparks
- Netzwerk im Bereich Sanierung im Bestand, hier insbesondere Architekten und Handwerker, Einrichtung Arbeitskreis „Energieberatung“ mit Architekten, Ingenieuren und Handwerkern

Klimaschutzaktivitäten

- Wettenberg führt ein kommunales Energiemanagement durch, hierüber wurden bereits nennbare Energieeffizienzpotenziale erkannt und durch Projekte umgesetzt. Schulungen und Anreizmodelle erhöhen bei den Nutzern (Verwaltungsmitarbeiter, Hausmeister etc.) die Bereitschaft zum Energiesparen. Bei der Anschaffung von Elektrogeräten wird auf Umweltsiegel geachtet. In Verbindung mit der energetischen Modernisierung des Bürgerhauses im Ortsteil Launsbach und der Mehrzweckhalle im Ortsteil Krofdorf-Gleiberg sowie den Sanierungsmaßnahmen der Straßenbeleuchtung haben all diese Maßnahmen zu den hohen Einsparungen der Gemeinde beigetragen.
- Förderung des ÖPNV's durch alternative Betreibermodelle bspw. durch die Kooperation eines privaten Betreibers, des Regionalverkehrs Kurhessen (RKH) und der Stadtwerke Gießen. Diese Kooperationslinie aus einer Verbindung eines städtischen und eines regionalen Unternehmens gewährleistet eine besonders hohe Mobilität zwischen dem Oberzentrum Gießen und der Umlandgemeinde Wettenberg. Hierin integriert ist auch das Wettenberger Projekt „Bus Bussi“. Es verbindet die Stadtteile, die kommunalen Einrichtungen und die Gewerbege-

biete mit einer vertakteten Frequenz zu Fahrpreisen. Für eine Gemeinde in der Größenordnung bei weitem keine Selbstverständlichkeit und ein vorbildliches Engagement zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs.

- Der unter ökologischen Gesichtspunkten vorbildlich angelegte Gewerbepark Krofdorf-Gleiberg ist bereits seit längerem als Vorzeigeprojekt bekannt. Hier wurde umfassend auf ökologische Belange Rücksicht genommen. Für das Gewerbegebiet wurde eine zentrale Nahwärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung eingerichtet. Aus Energiespargründen hat die Gemeinde auf eine kompakte Bauweise und die Möglichkeit passiver Sonnennutzung Wert gelegt.
- Es bestehen umfassende Angebote zur Information und Umsetzung von energieeffizienzmaßnahmen für die Wettener Bürgerinnen und Bürger (Energieberatung, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, Messen etc.).

Fazit: Wettener ist sowohl hinsichtlich seiner Orientierung hin zu einem verstärkten bürgerschaftlichen Engagement im Klimaschutz als auch im Bereich der Mobilität für einen Kleinstadt sehr aktiv. Gleichzeitig bietet Wettener über den ökologisch orientierten Gewerbepark unter energetischen Aspekten der Wirtschaft einen zukunftsweisenden Standort. Das kommunale Energiemanagement ist für die Größenordnung der Stadt sehr vorbildlich und nachahmenswert.

Mehrwert für Eisenach und Rheinberg: Als Mehrwert für die beiden Städte können insbesondere die Projektentwicklung und –umsetzung des Gewerbeparks sowie die vorbereitenden Maßnahmen und Kooperation im Vorlauf mit der Wirtschaft gelten. Zusätzlich können beide Städte von der Einrichtung eines Energiebeirates profitieren. Gleiches gilt für die hier dargestellten Projekte im Bereich der Mobilität.

2.2 Handlungsleitfaden zur Umsetzung des Klimaschutzmanagements in Kommunen

Ein erster Entwurf des Handlungsleitfadens wurde erarbeitet und mit verschiedenen Akteuren erörtert. Der zentrale Baustein ist mit dem Kapitel drei (Bausteine des Kommunalen Klimaschutzmanagements) ausgearbeitet worden und den drei Modellstädten als auch dem Fachbeirat am 1. Dezember 2008 im Vorlauf der Sitzung zugegangen. Die Akteure haben die zentralen Inhalte des Kapitels diskutiert und großenteils sehr positiv eingeschätzt. Insgesamt wurden eine Straffung des Textes sowie eine noch verstärkte Visualisierung angeregt. Gleichfalls helfen O-Töne, um den Leitfaden lebendiger zu gestalten. Eine Fortschreibung des Handlungsleitfadens wird Ende April vorliegen und dann begleitend zu den aktuell in der Durchführung befindlichen aktivierenden Phasen mit Projektergebnissen angereichert und weiter fortgeschrieben. Kapitel drei steht der Fördergeberin als assoziiertes Mitglied des Fachbeirats bereits zur Verfügung.

2.3 Öffentlichkeitsarbeit und Marketing im Projekt Klimaschutz in Kommunen

2.3.1 Ziele und Inhalte der Website www.klima-kommunen.de

Die Website www.klima-kommunen.de hat zum Ziel, Interessierte, v.a. die unten genannten Zielgruppen über das Projekt „Klimaschutz in Kommunen“ zu informieren. Mitte Februar konnte der Aufbau des Gerüsts abgeschlossen werden. Nun folgen Ausbau und Weiterentwicklung.

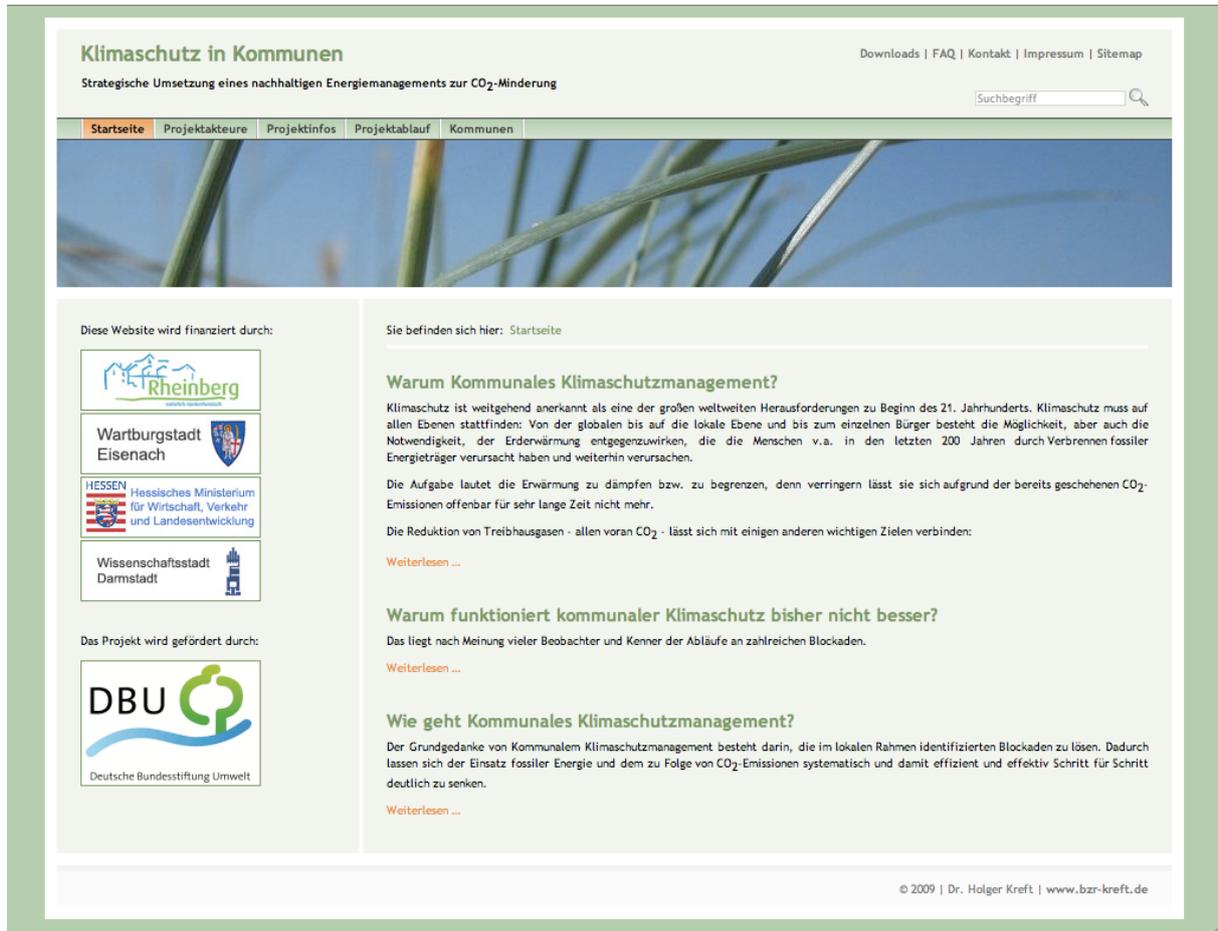


Abb. 1: Die Startseite von www.klima-kommunen.de (Stand: 4. März 2009) mit den Logos der Websitefinanzierer und des Projektfinanzierers

Die Website konnte mit vergleichbar geringem finanziellem Aufwand vom bzt Hattingen, Dr.-Ing. Holger Kreft eingerichtet werden und wird von diesem auch zumindest bis einschließlich Januar 2011 betrieben. Die Mittel für Aufbau und Pflege konnten zusätzlich eingeworben werden; es handelt sich also nicht um Projektmittel der DBU. Sie stammen für die Laufzeit des Projektes bis Februar 2011 von den folgenden Institutionen:

- Stadt Rheinberg (zu 50 %)
- Stadt Eisenach (zu 25 %)
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) für die Stadt Darmstadt (zu 25 %)

Diese Website richtet sich vorrangig an die folgenden Zielgruppen:

- Verwaltungsmitarbeiter/innen und Politiker/innen der beteiligten Kommunen, die den Überblick über das Projekt und über Varianten des Klimaschutzmanagements erhalten wollen. Damit soll das Klimaschutzmanagement der jeweiligen Städte gefördert und unterstützt sowie neue Prozesse angestoßen werden.
- Akteure, Bürgerinnen und Bürger der teilnehmenden Städte, die sich über das Klimaschutzmanagement ihrer Kommune informieren wollen; damit soll Transparenz hergestellt und Vertrauen in die Grundprinzipien des Vorgehens aufgebaut werden.
- Journalist/innen, die Hintergrund-Informationen zum Thema kommunales Klimaschutzmanagement recherchieren.
- Menschen in den Bereichen Forschung & Entwicklung, Verwaltung und Politik, die laufende Entwicklungen und Projekte recherchieren und sich einen generellen Überblick über Klimaschutzmanagement verschaffen wollen.

Der Fördermittelgeber DBU wird auf einer gesonderten Website erwähnt:

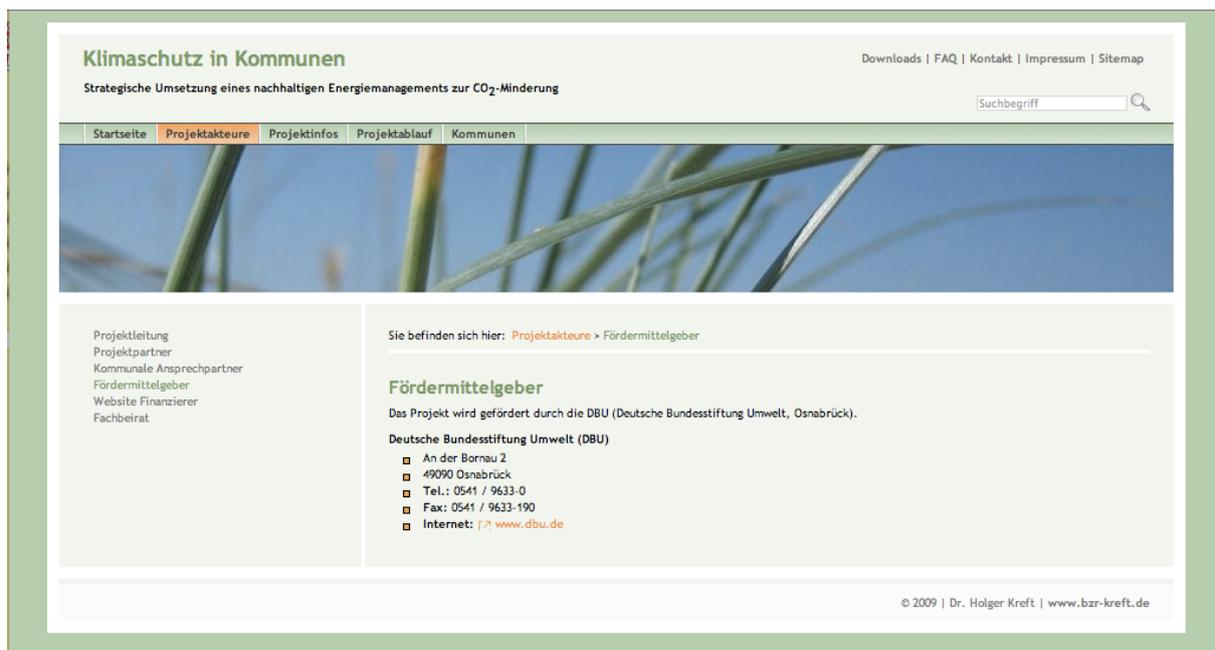


Abb. 2: Die Seite des Projektfinanzierers DBU auf www.klima-kommunen.de (4. März 2009)

2.3.2 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Alle drei Kommunen zeichnen sich weiterhin durch eine rege und regelmäßige Pressearbeit aus, um die breite Öffentlichkeit über den Projektverlauf und ihre eigenen Klimaschutzaktivitäten zu informieren. Die Resonanzen sind dem Anhang beigefügt. Insbesondere in Darmstadt und Rheinberg ergaben die Netzwerkgründungen eine sehr positive Öffentlichkeit. Bundesweit wirksam war die Präsentation des Projekts bei der Tagung der Nationalen Koordinierungsstelle des Weltklimarates IPCC in Eisenach.

Fachartikel: Im November 2009 erfolgte die Veröffentlichung des Beitrags „Klimaschutz in Kommunen - Kommunales Klimaschutzmanagement“ auf der weltweit ersten CO₂-neutralen Onlinekonferenz www.climate2008.net.

2.3.3 Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen

Im Folgenden ist eine Auswahl aufgeführt:

- 8. Oktober 2008 in Jena: Präsentation Stadt Eisenach im Rahmen der Fachtagung „Kommunaler Klimaschutz“ der Klimastiftung Thüringen.
- 20. November 2008 in Köln: Präsentation Stadt Rheinberg im Rahmen Perspektivenwerkstatt Klimaschutz des Landschaftsverbandes Rheinland.
- 19. Januar 2009 in Darmstadt: Vorstellung des Projektes durch das ISP im Rahmen eines Kolloquiums an der TU Darmstadt.
- 12. und 13. Februar 2009 in Eisenach: Vorstellung des Projekts durch die Stadt Eisenach und das ISP beim IPCC-Workshop der Nationalen Koordinierungsstelle vor etwa 100 Wissenschaftlern.
- 25. Februar in Düsseldorf: Rekommunalisierung der Energieversorgung - Fachtagung des Informationskreises für Raumplanung e.V.

2.3.4 Kommunales Interesse anderer Städte und Gemeinden am Aufbau eines kommunalen Klimaschutzmanagements

Die Projektpartner erfahren basierend auf der Öffentlichkeitsarbeit eine zunehmende Wahrnehmung anderer Städte und Gemeinden. Wie bereits im letzten Jahr stößt der Klimaschutz-Ansatz aus Rheinberg bei anderen Städten auf Interesse. Am 18.02.2009 hat sich die Stadt Willich informieren lassen, am 26.02.09 der Nachhaltigkeitsbeirat der Stadt Moers. Am 19. Januar 2009 informierten sich die Städte Oberursel und Rodgau sowie der Planungsverband Rhein-Main über die Möglichkeiten zur Verstetigung der Klimaschutzaktivitäten am Beispiel der Stadt Darmstadt. Basierend auf den Erfahrungen in Eisenach informierten sich Vertreter des Wartburgkreises in Thüringen, Referat Regionalentwicklung Wirtschaftsförderung über den Projektansatz. Gleichfalls besteht weiterhin Interesse seitens der Gemeinde Barleben und aktuell auch seitens des Landes Brandenburg.

Die Landeshauptstadt Erfurt wird über den Projektansatz im Rahmen eines bundesweiten Fachgesprächs am 7. und 8. Mai 2009 informiert. Sie ist ebenfalls bestrebt, die Klimaschutzaktivitäten zu verstetigen.

Für Herbst 2009 ist geplant, die Erfahrungen aus Rheinberg in den Mittelpunkt einer Veranstaltung in Kooperation mit der Euregio und dem Städte- und Gemeindebund NRW zu stellen.

Insgesamt wurde bereits von mehreren Interessierten eine Öffnung der Prozesse auf für Externe angeregt.

2.4 Modellstadt Darmstadt

Managementbaustein CO₂-Bilanzierung

Das NATURpur Institut für Klima- und Umweltschutz der HSE unterstützt im Rahmen seines Gesellschaftszweckes die Erstellung einer neuen CO₂-Klimabilanz für die Stadt Darmstadt für das Jahr 2007 durch Übernahme der Kosten in Höhe von etwa 23.000,- Euro. Erstellt wird die Bilanz durch das Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt (IWU). IWU und NATURpur unterstützen als mittelständisches Unternehmen die Wissenschaftsstadt Darmstadt damit aktiv bei der Umsetzung des DBU-Projekts.

Die Bilanzierung soll Mitte 2009 vorliegen und bildet den ersten zentralen Umsetzungsschritt auf dem Weg zu einem Klimaschutzmanagement in Darmstadt. Gleichzeitig dient die CO₂-Bilanzierung zur Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes 2002.

Managementbaustein Netzwerkbildung und Kooperation

Netzwerk „Prima Klima“ in der Verwaltung als erster Schritt zur verstärkten Zusammenarbeit

Unter der Leitung von Stadtrat Klaus Feuchtinger und der Federführung des Agenda-Büros hat die Wissenschaftsstadt Darmstadt ein internes Kompetenz-Netzwerk "Klimaschutz" aufgebaut. Die erste Sitzung des Netzwerks fand bereits im ersten Zwischenbericht Erwähnung, das 2. Treffen fand Mitte Dezember statt. Aktuell liegt der Schwerpunkt immer noch auf dem Informationsaustausch, da die Informationsstände der einzelnen Organisationseinheiten untereinander unterschiedlich sind. Das Gremium unter Teilnahme des

- Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung,
- der Bauverwaltung,
- des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (EAD),
- der Darmstadt Marketing GmbH,
- des Eigenbetriebs Immobilienmanagement (IDA),
- der Feuerwehr,
- des Grünflächen- und Umweltamtes,
- des Stadtplanungsamtes,
- des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes

ist sich einig, dass das Netzwerk zur Beratung der Politik und zur Begleitung und Initiierung von Energieeffizienzmaßnahmen in Darmstadt im Rahmen des Modellprojekts nötig ist.

Netzwerkerweiterung „Netzwerk für Nachhaltigkeit (NENA)“ seitens der Stadt und der Stadtwirtschaft als zweiten Schritt zur verstärkten Zusammenarbeit

Ferner wurde in einer Auftaktveranstaltung im Januar 2009 das Netzwerk Nachhaltigkeit (NENA) gegründet, ein Netzwerk u.a. für mehr Klimaschutzeffizienz. NENA bündelt unter Federführung des bei Stadtrat Feuchtinger angesiedelten Agenda-Büros die Kompetenzen aus Stadt und Stadtwirtschaft aus den Bereichen Ent- und Versorgung, Mobilität, Klimaschutz, Energie, Bauen, Wohnen und Immobilienmanagement. Vertreter der Vorstände

- der HEAG Holding AG,
- der HEAG Südhessische Energie AG (HSE),
- Entega GmbH (Vertriebsgesellschaft für Energie, Tochter der HSE als regionalen Energieversorger),
- HEAG mobilo (Mobilitätsdienstleister für Darmstadt),
- DADINA (Nahverkehrsgesellschaft Darmstadt-Dieburg),
- der Bauverein AG (Wohnungsunternehmen),
- des städtischen Eigenbetriebes EAD (Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung),
- des städtischen Eigenbetriebes Immobilienmanagement (IDA)
- und der EAG

bekräftigten so ihre Bereitschaft zur verstärkten Zusammenarbeit für einen effizienten Klimaschutz. NENA soll und einen regen Austausch innerhalb der Stadtverwaltung und der Stadtwirtschaft erzeugen sowie konkrete Arbeitsschritte für mehr Klimaschutz festlegen, erste konkrete Projekte wurden bereits definiert. So ist im neu begründeten Netzwerk etwa eine Kooperation zwischen der HEAG Holding AG und der Wissenschaftsstadt Darmstadt zur Förderung von Solaranlagen angedacht, ebenso eine Zusammenarbeit zwischen dem Bauverein, dem städtischen Eigenbetrieb Immobilienmanagement IDA sowie HSE Technik zum Themenfeld Immobilienmanagement und energetische Gebäudesanierung einschließlich der Haustechnik. Auch eine gemeinsame Kampagne von Stadt, HEAG mobilo und DADINA zur weiteren Stärkung des ÖPNV sind gemeinsame Themenfelder.

Klimaschutzaktivitäten im kommunalen Bereich

Bereits im Laufe dieses Jahres fielen im Bereich der kommunalen Beschaffung einige wesentliche Entscheidungen, die sehr erfreulich sind und die das Modellprojekt in Darmstadt befördern.

1. Unter dem Motto „EAD und Stadt Darmstadt fahren klimaschonend“ wird die Wissenschaftsstadt Darmstadt nur noch PKW mit Serienausstattung beschaffen, die der künftigen EU-Vorgabe von 120 g CO₂ - Ausstoß pro Kilometer entsprechen.
2. Außerdem setzt Darmstadt auf 100 Prozent Öko-Strom im städtischen Einzugsbereich. Durch diese Maßnahme ist die Stadt Vorreiter in Hessen und Vorbild für viele andere Großstädte in Deutschland.
3. Zusätzlich fördert Darmstadt mit dem Neubaugebiet K6 (Kranichstein-Süd) eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung u.a. mit hohen Energieeffizienz-Standards für Gebäude (Niedrigenergiehaus- und Passivhausstandards).
4. Bürgersolaranlage Heinrich-Heine-Schule: Diese Anlage geht Ende März 2009 an den Start.

Wie geht es weiter in Darmstadt?

Ab dem 20. März 2009 geht die Stadt Darmstadt mittels einer Auftaktveranstaltung, moderiert vom Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation, gemeinsame Wege mit Vertretern aus kleinen und mittleren Unternehmen, deren Multiplikatoren sowie der Bürgerschaft, um Projekte zu entwickeln und umzusetzen, die Klimaschutz, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien voranbringen.

Eine Beteiligung folgender Akteure ist u.a. zu erwarten:

- Stadtpolitik mit dem Dezernenten für Bauen und Verkehr sowie dem Dezernenten für Umwelt
- Verwaltung: Amt für Stadtplanung, Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaft, Amt für Umwelt, Agenda-Büro, Eigenbetrieb Immobilienmanagement
- Stadtwirtschaft: Alle Vertreter des Netzwerkes für Nachhaltigkeit (NENA, siehe Seite zuvor)
- Unternehmen: Merck KgaA, T-Home AG, kleine und mittlere Unternehmen, wie bspw. der Bauverein AG, Planungsbüros aus dem Bereich Mobilität sowie Multiplikatoren Handwerkskammer Rhein-Main, RKW Hessen GmbH
- Wissenschaftliche Einrichtungen, bspw. der TU Darmstadt, der FH Darmstadt und dem Institut für Wohnen und Umwelt
- Regionale und Ministerialverwaltung: Hessen-Forst, Hessisches Ministerium für Umwelt, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Begleitend zum Konsultationsprozess wird im Rahmen der breiten Akteursbeteiligung mittels einer hauptsächlich an Unternehmen und Institutionen gerichteten aktivierenden Befragung seitens der Projektleitung und der Modellstadt Darmstadt abgeschätzt, welchen Stellenwert das Handlungsfeld Klimaschutz hat, welche Schwerpunkte bestehen, welche realisierbaren Projektvorschläge bereits vorhanden sind und welche Ressourcen zur Projektentwicklung und Umsetzung in Darmstadt zur Verfügung stehen. Die aktivierende Befragung erfolgt in Darmstadt sowohl zielgerichtet über direkte Ansprachen von Akteuren als auch über die Nachhaltigkeitszeitschrift der AGENDA in Darmstadt, LUISE21, die mit einer Auflage von 25.000 Exemplaren dem Darmstädter Echo (regionale Tageszeitung) beigelegt wird.

Zentrale Erkenntnisse SWOT-Analyse Darmstadt (Stand: Februar 2009)

Stärken

Die Stärken der Wissenschaftsstadt Darmstadt liegen einerseits in dem Vorhandsein ambitionierter kommunaler Planungen und Konzepte. Hierzu gehören die Fachplanungen zur Verkehrsentwicklung und Lärminderung unter breiter Beteiligung der Unternehmen und Zivilgesellschaft. Aus diesen informellen Planwerken können viele positive Synergieeffekte zur CO₂-Minderung hergestellt werden. Aus dem Klimaschutzkonzept 2002 lassen sich konkrete Umsetzungsvorschläge für die Bereiche Wohnen, Industrie, Handel, Gewerbe und kommunalen Einflussbereich entnehmen.

Politisch wurden durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung die Weichen im April 2008 positiv in Richtung Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien gestellt. Positiv ist auch, dass die Stadtwerke HSE AG die Forcierung der Energieeffizienz und den Einsatz von Erneuerbarer Energien massiv vorantreibt, bspw. durch die Gründung der Tochterfirma NaturPur AG und dem NaturPur-Institut. Das AGENDA-Büro pflegt konstruktive Kontakte zu den genannten Einrichtungen, die sich auch im Projekt engagieren, u.a. durch die finanzielle Unterstützung der CO₂-Bilanzierung.

Weitere Stärke der Stadt Darmstadt ist auch, dass sie sich aktiv im Klimabündnis e.V. engagiert, bspw. bei der Finanzierung und Entwicklung des Bilanzierungstools Eco2-Regio.

Hemmnisse

Ein zentrales Hemmnis ist die mangelnde Umsetzung der zuvor genannten Planungen und Konzepte. Insbesondere das Klimaschutzkonzept ist nur in Ansätzen umgesetzt worden, im Wesentlichen im Bereich des kommunalen Beschaffungsmanagement.

Das zweite Hemmnis stellt die nur unzureichende Kommunikation und Kooperation zwischen der Stadt Darmstadt und den Unternehmen und ihren Multiplikatoren dar. Sowohl das Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaft als auch das AGENDA-Büro verfügen über keine verstetigten Kontakte. Insgesamt gestaltet sich der Kontakt nach Aussage des Amtes für Stadtentwicklung und Wirtschaft als sehr schwierig. Insbesondere besteht kaum Kooperationsbereitschaft mit der IHK Südhessen, obwohl hier auch für das vorliegende Projekt hervorragende Synergieeffekte bestehen. So ist die IHK Südhessen in den Aufbau und die Durchführung von Energieeffizienztischen (unter der Leitung des Modells Hohenlohe e.V.) engagiert. Trotz Bemühungen, u.a. auch über die aktivierende Befragung seitens der Projektleitung und der Modellstadt ist keine Aktivierung zu erkennen. Ähnlich verhält es sich mit der Beteiligung der Kreishandwerkerschaft und den zu berücksichtigenden Innungen.

Zusätzlich fehlen der Stadt Netzwerkverbindungen zu weiteren wichtigen Multiplikatoren und Einrichtungen, wie bspw.:

- Haus und Grund e.V. (Vertretung der Hauseigentümer)
- Verbraucherzentrale Darmstadt e.V. (dieser Netzwerkpartner brach aufgrund von Differenzen mit der Stadt und dem regionalen Energieversorger HSE AG die bisherige Kooperation im Bereich Energieberatung im Dezember 2008 weitgehend ab. Der Grund hierfür liegt darin begründet, dass die HSE AG bisher die Finanzierung der lokalen Energieberatung vollzogen hatte. Aktuell sieht die Verbraucherzentrale die Produkt- und Anbieterneutralität hierdurch gefährdet und bat die Stadtpolitik, die Kosten für die Beratung zu übernehmen. Aufgrund der Haushaltssituation wurde dies nicht gewährleistet. Daraufhin hat die Verbraucherzentrale den Rückzug aus der Energieberatung angekündigt (Gespräch mit dem AGENDA 21-Koordinator, Jens Bolze, vom 02.03.2009).
- Bund deutscher Baumeister und Bund deutscher Architekten
- Passivhaus-Institut Darmstadt

Abschließend ist als drittes zentrales Hemmnis die wirtschaftliche Situation Darmstadts sowie die personelle Ausstattung zu sehen. Darmstadt steht seit 2007 unter Haushaltssicherung. Daher werden Projekte mit Dritten zur Zielerreichung im Bereich Klimaschutz immer wichtiger, andererseits ist die zukünftige Sicherung des AGENDA-Büros hierdurch unsicherer, da es sich um eine freiwillige Leistung der Wissenschaftsstadt Darmstadt handelt. Den Netzwerkkoordinatoren sind aktuell 30 Prozent seiner Stellenbeschreibung für den Themenbereich Klimaschutz zugewiesen. Unterstützung findet er im Bereich der Beratung in einem kommunalen Energiebeauftragten, ebenfalls mit einer Kapazität von 30 Prozent. Für die Koordination von Projekten sind keine weiteren Ressourcen vorgesehen. Bei einem Ausfall des Netzwerkkoordinators kann ein Aufbau eines Klimaschutzmanagements nicht mehr gewährleistet werden.

2.5 Modellstadt Eisenach

Managementbaustein CO₂-Bilanzierung

Die Beauftragung und Durchführung des ersten zentralen Managementbausteins ist in Eisenach noch nicht erfolgt. Die Gründe hierfür liegen einerseits in der schlechten finanziellen Haushaltslage (der Haushalt der Stadt wurde seitens der übergeordneten Behörde, dem Landesverwaltungsamt, noch nicht genehmigt), andererseits in der bisher noch mangelnden Bereitschaft seitens der Stadt, finanzielle Kooperationen im Bereich des Fundraisings und Sponsorings in Anspruch zu nehmen oder zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen. Hier steht das ISP in stetigem Kontakt mit den Projektpartnern in Eisenach, um diese Aktivitäten zu forcieren.

Mit der konstituierenden Sitzung des Klimabeirats der Stadt am 9. März 2009 konnte jedoch erreicht werden, dass sich Stadt, Wohnungswirtschaft, Energieversorger und Klimaschutzstiftung Thüringen gemeinschaftlich die Finanzierung gestalten. Eine Beauftragung zur Bilanzierung ist für Anfang Mai mündlich vereinbart.

Managementbaustein Festlegung eines Klimaschutzzieles

Die Stadt Eisenach ist Mitglied im Klimabündnis e.V. Aktuelles Ziel des Klimabündnisses (Wiener Kongress Beschluss 2006) ist es, alle 5-Jahre die CO₂-Emissionen um 10 % zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden.

Die Stadt Eisenach hat sich darüber hinaus im Rahmen des projektinternen Letters of Intent verpflichtet, 30 Prozent CO₂ bis 2020 (Bezugsjahr 1990) zu minimieren. Diese Zielvorgabe sollte vor Beginn des Konsultationsprozesses seitens des Stadtrates beschlossen werden. Der Beschluss konnte seitens des Stadtrates jedoch bisher nicht vollzogen werden. Es wird jedoch angestrebt, ein neues Klimaschutzziel mit Basisjahr 2005 oder 2008 dem Stadtrat als Beschluss vorzulegen, dass mit dem Projektziel im Verhältnis korreliert.

Managementbaustein Netzwerkbildung und Kooperation

Am 9. März 2009 konstituierte sich der Klimabeirat der Stadt Eisenach. Dieses Gremium soll mindestens dreimal jährlich tagen, um die Integration des Klimaschutzmanagements zu unterstützen und den Konsultationsprozess innerhalb des Projektes zu beraten. Schwerpunkte sollen hierbei nach Ansicht des Klimabeirats sein: verstärkte Umsetzung der Kraft-Wärme-Kopplung, Sanierung eines der größten zusammenhängenden Villenviertel Deutschland sowie eine konzentrierte und deutlich verbesserte Beratung der Verbraucher. Der Klimabeirat der Stadt Eisenach setzt sich wie



- Kreishandwerkerschaft
- IHK
- Eisenacher Wohnungswirtschaft
- Stadtentwicklungsgesellschaft Eisenach
- Referat 49 Klimapolitik, Klimaschutz des Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt
- Stadtwerke Eisenach
- Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen
- Klimastiftung Thüringen

Klimaschutzaktivitäten der Stadt Eisenach

- Seit August 2008: Untersuchung Flächennutzungsplan mit Ausweisung von Vorrangflächen Energieerzeugung Erneuerbarer Energien
- Oktober 2008: Ausschreibung von zwei städtischen Dachflächen zur PV-Nutzung (erstmalig ein Foliendach, um statische Probleme zu umgehen, Pilotvorhaben für weitere geeignete "Leichtdächer" Plattenbau, Industrie);
- Oktober 2008: Spitzengespräch mit dem Landesamt für Denkmalpflege zum kommunalen Thema Denkmalschutz und Erneuerbarer Energien, hiervon ist insbesondere das Villenviertel Eisenach betroffen.
- November 2008: Inbetriebnahme von Photovoltaik-Anlagen auf Dächern der AWG (Kommunales Wohnungsunternehmen) mit einer Leistung von ca. 100 kWp sowie Inbetriebnahme einer sanierten Dachfläche mit solarthermischer und photovoltaischer Nutzung bei der AWG.

- Dezember 2008: Inbetriebnahme einer 128 kWp PV-Anlage auf dem städtischen Gründer- und Innovationszentrum.
- Dezember 2008: Hausmeisterschulung - Vorstellung des städtischen Energieberichtes
- Januar 2009: Aufstellungsbeschluss B-Plan Nr. 8 "Gaswerkgelände" - Ziel: Ansiedlung eines Freiflächen-Solarparkes auf einer kontaminierten Industriebrache (8-10 ha) in Abstimmung mit dem TMLNU (Vergabe einer Diplomarbeit zur Altlastensanierung).
- Januar 2009: Ortstermin Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, PV-Anlage auf einer Blechlagerhalle, Stadt tritt als Vermittler und Berater auf.
- Januar 2009: Gespräche mit REWE-Firmengruppe zum Neubau eines CO₂-neutralen Supermarktes (Kopplung von PV, Geothermie und Wasserkraft) eventuelle Vorplanung für eine Solartankstelle
- Januar 2009: Gespräche mit einer Investorengruppe (betreibt in Eisenach Einzelhandelszentrum mit ca. 40.000 m²) zur PV-Nutzung der vorhandenen Dachflächen und ebenfalls Vorplanungen für eine Solartankstelle

Öffentlichkeitsarbeit und Bildung

- September 2008: Besuch Umweltminister Dr. Volker Sklenar, Besichtigung der Bürgersolaranlage auf dem Gelände des Bauhofs sowie Vorstellung Projekt „Klimaschutz in Kommunen“
- Runder Tisch Klimaschutz der Stadt Eisenach:
 - Oktober 2008: Heizkosten senken - Welche Maßnahme bringt wieviel? Vortrag eines Energieberaters zu einzelnen Sanierungsschritten im Bestandsgebäude mit Rechenbeispielen für Amortisationszeiten unterschiedlicher Maßnahmen (ca. 10 Teilnehmer)
 - Januar 2009: Denkmalschutz und Erneuerbare Energien - ein unüberwindbarer Gegensatz? Möglichkeiten der Geothermienutzung für die Eisenacher Südstadt am 28.01.2009; Architekten und Geologen erläutern die theoretischen wie praktischen Möglichkeiten der Erdwärmennutzung, hier am konkreten Beispiel eines großen Gründerzeitquartiers (ca. 50 Teilnehmer)
- Dezember 2008: Beitritt zur bundesweiten Imagekampagne Solarlokal - Strom aus Sonne
- Januar 2009: Vorbereitung der Aktion "Energiesparen macht Schule" zur Energieeinsparung an 10 Eisenacher Schulen
- Seit Januar 2009: Vorbereitung der Woche der Sonne (Mai 2009)

Wie geht es weiter in Eisenach?

Am 27. März 2009 wird der Konsultationsprozess für die Stadt Eisenach starten. Aktuell führt das Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der FH Erfurt gemeinsam mit der Stadt Eisenach die aktivierende Befragung von etwa 60 Akteuren und Multiplikatoren aus Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft durch. Konkrete Ergebnisse hierzu liegen, u.a. bedingt durch einen längerfristigen Ausfall des Netzwerkkoordinators in Eisenach, noch nicht vor.

Weiterhin bereitet die Stadt Eisenach den Stadtratsbeschluss des innerhalb des Projektes formulierten Klimaschutzzieles vor. Gleichfalls forciert sie die Finanzierung und Durchführung der CO₂-Bilanzierung als zentralen Managementbaustein zur Bestandsaufnahme. Anfang Mai soll die Beauftragung hierzu erfolgen.

Zentrale Erkenntnisse SWOT-Analyse Eisenach

Die Stärken Eisenachs liegen einerseits in der für die Themenstellung des Projektes günstige politische Konstellation als auch den bereits bestehenden konstruktiven Netzwerken zur Wohnungswirtschaft, der Kreishandwerkerschaft als auch zur IHK.

- Politisch wird das Thema maßgeblich seitens der Baudezernentin gefördert. Der Oberbürgermeister wirkt ebenfalls unterstützend, jedoch im Hintergrund.
- Sehr förderlich ist die Einrichtung einer hauptamtlichen verwaltungsinternen Referentensstelle mit dem Teilbereich Energie, die direkt dem Baudezernat zugeordnet ist. Hiermit wurde der Grundstein für eine Koordinationsfunktion gelegt.
- Die Klimaschutzaktivitäten der Stadt sind ebenfalls sehr positiv zu bewerten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass aufgrund der ungünstigen Haushaltslage neue Wege in der Projektentwicklung und –finanzierung gegangen werden, bspw. die Finanzierung eines Bürgersolarparks, dessen Vorfinanzierung seitens des Anlagenbetreibers übernommen wurde. Ausgelöst durch den Runden Tisch Klimaschutz verstärkt auch die Wohnungswirtschaft Eisenachs ihre Anstrengungen zur Energieeffizienz und dem Einsatz erneuerbarer Energien. Auch hier finden alternative Finanzierungsmodelle (bspw. Dachflächenvermietung) Anwendung.

Zentrale Umsetzungshemmnisse eines kommunalen Klimaschutzmanagements sind verwaltungsintern wie folgt zu identifizieren:

- Es fehlt der Stadt noch immer ein politisches Leitbild und stadtübergreifendes Klimakonzept. Beide Instrumente geben Leitlinien und Umsetzungsbereiche vor, die ein strategisch angelegtes Klimaschutzmanagement für Eisenach befördern.
- Eine Umsetzungsstrategie für den seit einem Jahr vorliegenden Energiebericht für die kommunalen Liegenschaften fehlt bisher.
- Bisher werden die Klimaschutzbemühungen weitgehend auch nur von dem Referenten für Umwelt, Energie und Verkehr getragen und initiiert. Bisher ist immer noch ein sehr hohes eigenes Engagement festzustellen, ohne längerfristige Kooperation mit Dritten. Hier besteht das Risiko, dass bei einem längerfristigen Ausfall des Referenten das Themenfeld nicht bearbeitet wird.
- Ein verwaltungsinternes Netzwerk besteht nicht. Zwar wurde die Kommunikation insbesondere mit den Bereichen Stadtentwicklung und –planung sowie Denkmalpflege durch verstärkte gegenseitige Informationsaustausche verbessert. Trotzdem bestehen weiterhin noch deutliche Informations- und Kommunikationsdefizite. Außerdem mangelt es an einer verstetigten Kommunikation.
- Die Kommunikation zwischen der Stadt und den Eisenachern Versorgungsbetrieben ist teilweise gespannt. Dies gilt aufgrund unterschiedlicher energiepolitischer Auffassungen insbesondere für das Verhältnis zwischen der Geschäftsführung der EVB und dem Dezernat für Bauen, Umwelt und Verkehr.

2.6 Modellstadt Rheinberg

Managementbaustein CO₂-Bilanzierung:

Die Stadt Rheinberg hat Mitte Februar ihre CO₂-Bilanzierung beauftragt. Das Institut für Wohnen und Umwelt erstellt die Bilanz parallel zur Bilanz für die Stadt Darmstadt. Die Bilanzierung wird im Sommer 2009 fertig gestellt.

Managementbaustein Festlegung eines Klimaschutzzieles

Die Stadt Rheinberg ist, ausgelöst durch das Modellprojekt „Klimaschutz in Kommunen“ seit dem September 2008 Mitglied im Klimabündnis e.V. Aktuelles Ziel des Klimabündnisses (Wiener Kongress Beschluss 2006) ist es, alle 5-Jahre die CO₂ – Emissionen um 10 % zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden.

Darüber hinaus hat sich die Stadt Rheinberg im Rahmen des Stadtratsbeschluss vom 24. September 2008 auch zu ambitionierten Klimaschutzzielen bis 2020 entschlossen. Mit Basisjahr 2008 möchte die Stadt in den darauffolgenden 12 Jahren eine CO₂-Reduktion von 40 Prozent erzielen. Damit geht sie über das projektinterne Ziel der CO₂-Minderung von 30 Prozent mit Basisjahr 2020 hinaus.

Managementbaustein Klimaschutzkonzept

Das Klimakonzept der Stadt Rheinberg wurde am 24. September 2009 vom Stadtrat einstimmig beschlossen. Es enthält, wie zuvor bereits dargestellt, die Zielsetzung, von 2008 bis 2020 von grob geschätzt (ohne genauere Angaben der Unternehmen) 345.000 t CO₂/Jahr rd. 40 Prozent Kohlendioxid einzusparen. Für das Klimakonzept wurden zentrale Handlungsfelder und darin Aufgaben festgelegt, insbesondere im Bereich des Altbaus, aber auch im Bereich der Energieeffizienz in Unternehmen. Das Klimakonzept ist als Anhang dem Zwischenbericht beigelegt. Es wurde im Rahmen eines breit angelegten Konsultationsprozess von Mai 2008 bis September 2008 erstellt. Eingebunden waren u.a. Unternehmen, Verwaltung und Politik sowie Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheinberg (siehe hierzu auch den ersten Zwischenbericht).

Managementbaustein Netzwerkbildung

Nach dem Beschluss des Klimakonzepts erfolgte sehr zeitnah die verstärkte Netzwerkbildung mit lokal ansässigen Unternehmen im Bereich der Stadt, aber auch kreisübergreifend (im Landkreis Wesel). Bisher wurden zwei Unternehmensnetzwerksveranstaltungen durchgeführt.

17. November 2008: Erste Veranstaltung: Die anwesenden Unternehmensvertreter haben mit der Energieagentur NRW u.a. vereinbart, dass deren Energieberater die Unternehmen besichtigen und einzelne Beratungsgespräche durchführen.

12. Januar 2009: Potenzialanalyse von Energieeffizienz im Bereich Beleuchtung und Druckluft. Hier wurden auch erste Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet.

Am 23. März ist eine weitere Veranstaltung geplant, die sich zentral der Unternehmenskooperation, aber auch dem Einsatz von Solarenergie widmen soll.

Durchführung der aktivierenden Befragung zur Vorbereitung des Konsultationsprozesses in Rheinberg (Beginn am 12. März 2009)

Die aktivierende Befragung wurde vom Berater der Stadt Rheinberg, bzt Hattingen, in Absprache mit der Projektleitung in Erfurt und dem örtlichen Koordinator Herrn Harnack wie folgt konzipiert:

Da in der Stadt Rheinberg bereits zahlreiche Aktivitäten in die richtige Richtung laufen, zugleich eben durch die positive Entwicklung die Arbeitsbelastung für den Koordinator und den Berater hoch ist, werden gezielt Akteure aus denjenigen Gruppen angesprochen, die für die Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept relevant sind. Mit diesen werden Interviewtermine ausgemacht, und sie werden nach einem Leitfaden befragt. Ziel der Gespräche ist es stets, die Akteure entweder in konkretere Gesprächszusammenhänge wie Arbeitsgruppen oder dergleichen zu führen oder mit ihnen gleich Projektideen zu entwickeln.

Termine mit Vertretern von drei Wohnungsverwaltungsgesellschaften waren zunächst geplant. Die Gespräche mit Herren Hauck und Hücklekemkes (Hausverwaltung & Immobilien Frey GmbH) und Herrn Fehlberg (Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft Verwey KG) fanden am 26. Februar 2009 statt und waren erfolgreich. Es wurde Interesse für die strategischen Klimaschutzaktivitäten der Stadt Rheinberg geweckt und weitere Kontakte vereinbart. Über die Ergebnisse wird später gesondert berichtet. Ein eigenes Netzwerk der Wohnungsbau- und Wohnungsverwaltungsgesellschaften ist geplant.

Mit der weiteren Zielgruppe Schule fand ein Gespräch am 9. März 2009 statt. Gesprächspartner waren Herr Morsch (Rektor der Hauptschule Rheinberg), Herr Giesen (Rektor der Realschule Rheinberg) und Herr Eckhard (Lehrer für Technik an der Realschule Rheinberg). Auch dieses Gespräch verlief erfolgreich. Insbesondere wurden die folgenden Themen angesprochen:

- Klimaschutz im Unterricht/in der Schule
- Bildungsperspektiven/Arbeitsperspektiven in klimaschutzrelevanten Bereichen
- Wettbewerb für Schulen

Auch über die Ergebnisse dieses Gespräch wird später berichtet. Die Reihe der aktivierenden Akteursgespräche wird fortgesetzt werden.

Weitere Klimaschutz- und Netzwerkaktivitäten der Stadt Rheinberg:

- Auf Initiative der Europäischen Kommission, die aus einem Konsultationsprozess der Städtetzwerke Energie-Cités, Klimabündnis, Eurocities and CEMR hervorgegangen ist, haben am 10. Februar 2009 in Brüssel 372 Bürgermeister ein Abkommen, den „**Covenant of Mayors**“ unterzeichnet (www.eumayors.eu). Darin verpflichten sie ihre Städte auf eine erheblich über die EU-Vorgaben hinausgehende CO₂-Emissionsminderung. Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses zum Klimakonzept 2008 hat Bürgermeister Mennicken das Abkommen unterzeichnet.

- **Klimaschutzmanagement und Sanierungsoffensive:** Im Dezember 2008 ist beim Projektträger Forschungszentrum Jülich, zuständig für die Förderung des Bundes für den Bereich Klimaschutz, ein Förderantrag über 799.853 € gestellt worden, bei einem Eigenanteil von 20 % (159.970,60 €) und einer Zuwendung von 639.882,40 € (80 %). Der Förderantrag umfasst für 36 Monate für den Zeitraum Mai 2009 bis April 2012 die Stelle eines/r Klimaschutzmanagers/in, sowie 4 Vollzeitstellen und 1 Zuarbeiterstelle für die Sanierungsoffensive. Enthalten sind anteilig die Kosten für Unterbringung/Infrastruktur.
- **Kooperationsmöglichkeiten mit Fraunhofer-Institut Inhaus, Duisburg:** Das Fraunhofer Inhaus hat sich auf Gebäudeautomation und das Monitoring mit Schwerpunkt Energie spezialisiert. Am 25.02.09 wurden Möglichkeiten einer Zusammenarbeit besprochen. Es wird angestrebt, für die städtischen Immobilien ein Energie-Monitoring aufzubauen. Hierzu ist es erforderlich, die Gebäude in allen Bereichen energetisch zu analysieren. Auf Grund der Potenziale und des relativ bedeutenden Einflusses des Nutzerverhaltens für den Energieverbrauch sollte mit den Schulen begonnen werden.
- Am 10. Februar 2009 hat sich die aus nahezu allen Fachbereichen besetzte **AG Klimaschutz** gebildet. Fachbereichsweise werden mögliche Projektansätze besprochen. Mit Priorität zu bearbeitende Themen werden im Verwaltungsvorstand abgestimmt und festgelegt.

Wie geht es weiter in Rheinberg?

Am 12. März trat im Rahmen des Auftaktworkshops die Stadt Rheinberg in eine breite Konsultation mit lokalen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und interessierte Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft. 90 Akteure entwickelten hierbei in mehreren Arbeitsgruppen Projektideen und Maßnahmenansätze. Vertreten waren unter anderem:

- Politischen Vertretungen aller Fraktionen
- Vertretungen des Klimatischen Rheinberg
- Stadtpolitik und Verwaltung
- Kirchen
- Bildungseinrichtungen
- Sozialeinrichtungen
- Schulen
- Kreisverwaltung
- Unternehmen aus den Bereichen Handel, Dienstleistung und Gewerbe
- Umweltverbände und Lokale Agenda 21

Die Pressemitteilung hierzu ist dem Bericht beigelegt

Ende März ist die dritte Sitzung des Unternehmensnetzwerks geplant.

Zentrale Erkenntnisse SWOT-Analyse Klimaschutzmanagement Rheinberg

Die Stärken Rheinbergs liegen einerseits in der für die Themenstellung des Projektes hervorragenden politischen Konstellation als auch den bereits bestehenden konstruktiven Netzwerken, die eine große Zahl an Unternehmen im Stadtgebiet und der Region einbinden.

- Das Thema Klimaschutz wird als Beitrag zur Daseinsvorsorge seitens des Bürgermeisters getragen.
- Die Stabsstelle Nachhaltigkeit verfügt über Kompetenzfelder, die für die Einrichtung eines kommunalen Klimaschutzmanagements zentral sind wie z.B. Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing und Umwelt. Daher resultieren auch die guten und konstruktiven Netzwerke, insbesondere Kontakte zu kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch zu Solvay AG als Großunternehmen.
- Die Stadt Rheinberg verfügt außerdem seit 2004 über fachliches Know-how im Bereich des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements.
- Der KlimaTisch Rheinberg e.V. gründete sich im Oktober 2005 als neues Netzwerk zwischen Aktiven, Interessierten und Multiplikatoren zum Themenfeld Klimaschutz. Er ist ein starker Partner an der Seite der Stadt Rheinberg. Der Kontakt zur Stabsstelle Nachhaltigkeit ist sehr eng, was u.a. an der guten Zusammenarbeit für das Rheinberger Klimakonzept abzulesen ist.
- Die Stabstelle Nachhaltigkeit erfährt, basierend auf den verstärkten Aktivitäten im Klimaschutz (hier insbesondere im Bereich der Bestandssanierung privater Gebäude), eine deutliche personelle Unterstützung und auch Entlastung. Im August 2008 wurde ein kommunaler Energieberater eingestellt. Gleichzeitig ist die Stadt Rheinberg bemüht, für die weiteren strategischen und konzeptionellen Aufgaben zusätzlich Personal einzustellen (siehe Klimaschutzaktivitäten der Stadt Rheinberg).
- Schwächen weist die Stadt Rheinberg insbesondere in einer mangelnden Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs auf. Dieser ist insbesondere durch die Anbindung der ländlich geprägten Ortsteile Rheinbergs noch verbesserungswürdig.
- Ein weiteres Hemmnis ist die bisher mangelnde Vernetzung mit dem regionalen Energieversorger RWE Power AG als auch zu den Multiplikatoren IHK, HWK, Kreishandwerkerschaft oder Architekten- und Ingenieursverbänden.

2.7 Assoziierte Städte

Die Städte Alsfeld, Bad Wildungen, Viernheim (alle Hessen), Petershagen (NRW) und Halle (Saale) sind über den dem Projekt vorgeschalteten Wettbewerb als assoziierte Städte am Projekt beteiligt. Sie wurden über den bisherigen Projektverlauf im Berichtszeitraum intensiv informiert und angeregt sich am Aufbau und der Qualifizierung der projekteigenen Website www.klimakommunen.de zu beteiligen. Weiterhin erfolgte ein Aufruf an alle Projektbeteiligten, so auch die assoziierten Städte, Vorschläge für Abschlussarbeiten an die FH Erfurt zu machen, die die Klimaschutzaktivitäten in den Städten unterstützen sollen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Netzwerkaktivitäten und hier insbesondere die Rückkopplung seitens der assoziierten Städte stark nachgelassen hat. Dies weist darauf hin, dass das hauptsächliche Angebot von Informationen für einen verstetigten Kontakt nicht ausreicht. Auch das Angebot, sich inhaltlich am Aufbau der Projektwebsite zu engagieren, blieb bis auf die Beteiligung von Viernheim und Petershagen erfolglos. Um die assoziierten Städte wieder verstärkt für den Prozess und seinen Ergebnissen zu interessieren, ist zu überlegen, zusätzliche Austauschplattformen zu initiieren, die diesen Städten einen konkreteren Nutzen bieten als bisher. Politische Veränderungen haben in der Stadt Alsfeld ergeben, dass die Stadt keine freiwilligen Aufgaben mehr übernimmt, so dass das Thema Klimaschutz und Energieberatung vollkommen aufgrund der Haushaltslage der Stadt gestrichen wurde. Die Stadt Petershagen hingegen, beraten durch den Projektpartner bzt Hattingen, setzt hingegen aktuell erste Impulse ein Klimaschutzmanagement zu starten. Anbei hierzu folgende kurze Zusammenfassung

Petershagen

Herr Landefeld (Leiter der Stadtplanung, Stadtentwicklung) und Frau Lihra (Leiterin des Bauamtes) haben gegenüber ihrer Stadtspitze (Bürgermeisterin, Baudezernent) deutlich gemacht, dass für den Klimaschutz dringend personelle Unterstützung nötig ist und ohne personelle Unterstützung weitere Aktivitäten praktisch keinen Sinn machen, um zukünftig agieren zu können – systematisch, strategisch, dadurch effektiv und effizient. Aktuell wird ein/e Energieberater/-in gesucht, um in diesem Jahr eine Klimaschutzinitiative mit 2-3 Akteurs-Arbeitskreisen starten zu können. Dafür wird Förderung seitens der Stadt beantragt. Unabhängig von der Klimaschutzinitiative 2009 der Stadt sollen Projekte zur energetischen Sanierung begonnen werden:

1. Modellprojekt Mensa-Anbau des Gymnasiums und weitere An- und Umbauten
2. „Alte Schule“: Umnutzung zum Stadtarchiv: Hier soll ebenfalls modellhaft saniert werden.

Weitere Projektideen sind:

- Ein Handwerksbetrieb aus dem Bereich Sanitär/Heizung im Ortsteil Ilse zeigt Interesse an dem Bau einer freistehend-nachgeführten Solaranlage. Dazu ist eine FNP-Änderung notwendig, damit das Energieversorgungsunternehmen verpflichtet ist, den Strom gegen Vergütung abzunehmen. Die Stadt ist bereit zu der FNP-Änderung.
- Ferner besteht mittlerweile konkretes Interesse, die Grundschule in Ovenstädt mit Photovol-

taik zu versehen. Auch darüber hinaus sind Interessenten vorhanden.

Aspekte der Prozesssteuerung

Weiterhin ist die Verwaltung der Stadt Petershagen der Ansicht, dass ein grundsätzlicher Beschluss herbeigeführt werden muss, die Dächer der kommunalen Liegenschaften für den Einsatz bspw. von Bürgersolaranlagen zur Verfügung zu stellen. Eine Mitteilungsvorlage wurde in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss gebracht. Der zuständige Dezernent hat der Verwaltung am 2.3.2009 den Auftrag gegeben, die Möglichkeiten zu prüfen. Weiterhin führt der zuständige Netzwerkkoordinator ein regelmäßiges Arbeitstagebuch, um die Klimaschutzinitiative 2009 der Stadt zielgerichtet vorbereiten und durchführen zu können.

2.8 Fachbeirat

Dem Fachbeirat kommt die Aufgabe zu, der Projektteam beratend zur Seite zu stehen. Er setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Ministerien, Beratung und kommunalen Angeboten im Bereich Klimaschutz.

Die erste Sitzung des Fachbeirats fand am 1. Dezember 2008 in Darmstadt statt. Neben den Mitgliedern des Fachbeirats nahmen auch die Netzwerkkoordinatoren der drei Modellstädte teil. Die Ergebnisse dieser Sitzung sind als Protokoll diesem Zwischenbericht beigefügt. Die 2. Sitzung des Fachbeirats ist für Anfang September 2009 in Rheinberg geplant. Die letzte Sitzung des Fachbeirats ist für Juni/Juli 2009 in Eisenach vorgesehen. Der Fachbeirat beteiligt sich innerhalb des Projektes auch u.a. aktiv in der Unterstützung der Konsultationsprozesse vor Ort. So nehmen bspw. am Auftaktworkshop in Darmstadt am 20. März 2009 die Mitglieder Herr Sascha Gutzeit (RKW Hessen GmbH), Frau Gabriele Purper (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) teil. Am 9. März 2009 konstituiert sich der Klimabeirat in Eisenach, hierin ist auch Frau Andrea Rosenbaum (Thüringisches Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt) aktiv involviert.

3 Anhang

3.1 SWOT-Analyse Darmstadt

Allgemeine Rahmenbedingungen

Nationale und internationale Ebene

Chancen

- ↑ 2007: Der weltweite Handlungsbedarf wird insbesondere durch den 4. Sachstandsbericht des IPCC (Weltklimarat der Vereinten Nationen) belegt. Klimaschutz wird damit anerkanntes politisches Ziel des weltweiten Handelns erklärt.
- ↑ 2007: Basierend auf den Erkenntnissen des IPCC wird seitens der Europäischen Union EU-Aktionsplan zum Klimaschutz und Energieeffizienz. Dieser beinhaltet die klare Anweisung der Mitgliedsstaaten, selbst nationale Aktionsprogramme zu erstellen.
- ↑ 2007: Integriertes Energie- und Klimaprogramm der Bundesrepublik Deutschland wird basierend auf den Vorgaben der EU erstellt: CO₂-Reduktion um 40 Prozent (Basis: 1990 bis 2020)
- ↑ Energiekosten für fossile Energieträger steigen stetig
- ↑ Endlichkeit der fossilen Energieträger voraussehbar

Risiken

- ↓ Kommunen stehen durch Ziele unter hohem (Zeit-)Druck
- ↓ Kommunen schätzen Einflussmöglichkeiten selbst als recht gering ein

Landesweite Ebene (Land Hessen)

Chancen

- ↑ Politische Zielsetzungen in Hessen:
- ↑ Klimaschutzkonzept Hessen 2012 (März 2007) sowie Aktionsplan Klimaschutz (November 2007)
- ↑ Umweltallianz Hessen als Netzwerk für nachhaltige Standortpolitik (Mitglied: Stadt Darmstadt)
- ↑ HessenEnergie: Energieagentur für Kommunen und Unternehmen (sehr interessiert an Kooperation)
- ↑ RKW Hessen GmbH als Partner der KMU's (sehr interessiert an Kooperation)

Risiken

- ↓ Klimaschutzkonzept und Aktionsplan bleiben im kommunalen Bezug Kommunen unkonkret
- ↓ Klimaschutzkonzept setzt auf „traditionellen“ Energiemix
- ↓ Aktionsplan 2007 setzt auf Modellprojekte, Breitenwirkung fehlt (Insbesondere im Bereich der Bestandssanierung und der Förderung erneuerbarer Energien exkl. Bioenergie)

Kommunale Ebene (Wissenschaftsstadt Darmstadt)

Chancen

- ↑ Kommunales Klimaschutzkonzept 2002 kann aufgrund der Rahmenbedingungen wieder deutlich an Gewicht gewinnen
- ↑ Etabliertes AGENDA-Büro gewinnt wieder an Gewicht, insbesondere als Netzwerkstelle zu Unternehmen und Bürger/-innen

Risiken

- ↓ Hauptamtlicher Magistrat besteht aus 3 Parteien: SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen, Gefahr der politischen Zerrissenheit aufgrund teilweise im Themenfeld sehr weit auseinander liegender Klimaschutzstrategien
- ↓ Haushalt der Stadt Darmstadt kritisch, Haushaltssicherung und Genehmigung durch den RP erforderlich

Klimaschutzaktivitäten auf der Kommunale Ebene

Bisherige Konzepte und Planungen

Stärken

- 🔗 2002: Klimaschutzkonzept (KSK 2002)
- 🔗 2005: Verkehrsentwicklungsplanung 2015
- 🔗 2007: Entwicklung des Segments „Umwelt/ Energietechnikforum“ an der Schnittstelle Wirtschaftsförderung und Umwelt

Schwächen

- 🔗 Keine Gesamtstrategie für energieeffiziente Stadtentwicklung, sowohl für eigene Liegenschaften als auch Planungen und Konzepte für die Stadt
- 🔗 Mangelnde Absicherung energetischer Standards über städtebauliche Verträge

Aktuelle politische Beschlusslage

Stärken

- 🔗 April 2008: Politische Beschlussfassung und Bekenntnis zur kommunalen Energiepolitik mittels Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz

Schwächen

- 🔗 Klimabündnisziele und KSK-Ziele sind mit den bisherigen Aktivitäten schwer zu erreichen
- 🔗 Politische Beschlüsse werden nur teilweise umgesetzt
- 🔗 Maßnahmen aus Klimaschutzkonzept nur in Teilen realisiert

Umsetzungen baulicher und verkehrlicher Art

Stärken

- ↳ Umsetzung bspw. von „Sonnenhäusern“ und Passivhäusern“ im Stadtquartier „Kranichstein K 6“
- ↳ 2008: Bundesweit erster Einsatz von Ökostrom für die Straßenbahn (HEAG mobilo GmbH)
- ↳ 2009: 100 Prozent Ökostrom für den kommunalen Einzugsbereich (Liegenschaften, Straßenbeleuchtung etc.)

Schwächen

- ↳ Neubau: Umsetzungen haben immer noch Modellcharakter Bestandssanierung: Geringe Relevanz der Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien im Bestand

Energieversorgung und öffentliche Mobilität

Stärken

- ↳ HEAG investiert 400 Mill. in Erzeugung erneuerbarer Energien und 25 Mill. Euro in Forschung und Entwicklung
- ↳ Tochtergesellschaft NaturPur AG 100 % Renewables
- ↳ Tochtergesellschaft HEAG mobilo GmbH betreibt das bundesweite erste Tram-Netz mit 100 Prozent Ökostrom

Schwächen

- ↳ 2006: Energiemix ENTEGA nach § 42 EWG: Kernenergie 29 % , und fossile Energie und sonstige Energieträger 52 %.
- ↳ Dezentrale Energieversorgung (Nahwärmekonzepte, bspw. aus Kraft-Wärme-Kopplung etc.) bei Siedlungsgestaltung und Unternehmensversorgung noch ausbaufähig

Energieberatungseinrichtungen

Stärken

Mehrere Energieberatungsangebote vor Ort:

- ↳ Kooperation Stadt Darmstadt, Verbraucherzentrale, HEAG. Die Beratung ist kostenfrei.
- ↳ Energieversorger HEAG verfügt über eigene Energieberater und informiert über Angebote, bspw. „Öko-Strom- und Wärmeerzeugungsangebote, Energieberatung allgemein

Schwächen

- ↳ Beratungsschwerpunkte überschneiden sich teilweise

- ✎ Es fehlt ein ergänzendes qualifiziertes Beratungsangebot hinsichtlich Energieeffizienz in Neubau und Bestand.

Vorrangige Handlungserfordernisse im Bereich der Klimaschutzaktivitäten

- ✎ Politische Zielsetzungen und Beschlussfassungen müssen sich auch stringent in konkreten Umsetzungen widerspiegeln
- ✎ Umsetzung der noch aktuellen Maßnahmen des KSK 2002 voranbringen, insbesondere im Bereich Gebäudebestand und Mobilität
- ✎ Wissen vermitteln, dass Ressourceneffizienz ökonomisch sinnvoll ist und somit einen Mehrwert hat
- ✎ Kooperationen mit Dritten für freiwillige Leistungen fördern
- ✎ Dezentrale Energiekonzepte in Planungen und Konzepte integrieren
- ✎ Gründung einer zentralen Bau- und Energieberatung

Netzwerkstrukturen/Aktivitäten

Regionale Ebene/Landesebene

Stärken

- ✎ Aktives Mitglied im Klimabündnis
- ✎ Aktives kommunales Mitglied in Umweltallianz Hessen
- ✎ Kontakte zu RKW Hessen GmbH als Wirtschaftsvertretung den Mittelstand

Schwächen

- ✎ Kontakte zur IHK Darmstadt sind gering ausgeprägt. Partnerschaftliche Klimaschutzprojekte werden bisher nicht durchgeführt, der Mehrwert nicht gesehen.
- ✎ Klimaschutzziele der IHK bezüglich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien stimmen nicht mit Zielen Stadt überein.

Netzwerkstrukturen/Aktivitäten auf der kommunalen Ebene

Akteure Wissenschaft

Stärken

- ✎ Zukunftsorientierte private wissenschaftliche Einrichtungen: Institut für Wohnen und Umwelt (Stadt Anteilseignerin), NaturPur Institut (Tochterinstitut HEAG), Öko-Institut, Passivhaus-Institut
- ✎ Hochschulen: TU Darmstadt, FH Darmstadt

Schwächen

- ✎ Zusammenarbeit der Wissenschaftsstadt Darmstadt mit den wissenschaftlichen Einrichtungen ist recht gering.

- ↗ Partnerschaftliche Klimaschutzprojekte sind ebenfalls gering (bspw. im Rahmen von Studienprojekten etc.)

Zivilgesellschaft

Stärken

- ↗ 2008: Lebendiger AGENDA-Prozess, befördert durch die Existenz des AGENDA-Büros
- ↗ 2008: Themengruppe Klimaschutz, Errichtung einer Bürgersolaranlage, AGENDA-Büro als Nahtstelle zur Verwaltung und Politik.
- ↗ 2008: Kooperationsprojekte mit Schulen: Fifty-Fifty-Projekte

Schwächen

- ↗ Integration von Bildungs-, Kultureinrichtungen oder auch Kirchen ist gering. Dies haben jedoch einerseits Vorbild- und andererseits Multiplikatorenfunktion

Unternehmen/ Interessensverbände

Stärken/Potenziale

- ↗ Hohe Anzahl von KMU's im Stadtgebiet Darmstadt
- ↗ Es sind alle relevante Interessensverbände vor Ort.
- ↗ Stadt Darmstadt initiiert unternehmensorientiertes Branchenforum Umwelt-/ Energie-Technologie.

Schwächen

- ↗ Kommunikation zwischen Stadt und Interessensverbänden, insbesondere IHK, schwierig.
- ↗ KMU's zeigen geringes Interesse an kommunalen Initiativen zur Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien.
- ↗ EnergieEffizienzTisch der IHK Darmstadt (DBU-Projekt Modell Hohenlohe) ist auf kommunaler Ebene nicht bekannt.

Hauptamtlicher Magistrat

Stärken

- ↗ Hauptamtlicher Magistrat verfügt über vielfältige Mitgliedschaften und Beteiligungen im Themenfeld:
 - HSE (HEAG Südhessische Energie AG)
 - HEAG Mobilo GmbH
 - Kommunale Wohnungsgesellschaft Bauverein AG
 - Integriertes Verkehrsmanagement Frankfurt Rhein-Main (IVM)
 - Grundstücksentwicklungs- und Verwertungsgesellschaft Darmstadt mbH (GVD)
 - Siedlungswasser- und Abfallwirtschaft in Stadt und Region

Verwaltung/Magistrat

Stärken

- ↗ AGENDA-Büro mit hohem Wirkungsgrad im Themenfeld
- ↗ Existenz eines internen Energietischs mit Energieversorger, Eigenbetrieb Immobilienmanagement, Verbraucherzentrale und kommunalen Energieberater

Verwaltung/Magistrat

Schwächen

- ↗ Haushaltslage zwingt Magistrat zu Reduzierung freiwilliger Leistungen
- ↗ Energieeffizienz- und Kosteneffizienzprojekte (bspw. Sanierung von kommunalen Liegenschaften auf NEH-Standard oder PH-Standard) werden von der Genehmigungsbehörde (RP Darmstadt) nicht anerkannt
- ↗ Interessenslagen in den Verwaltungseinheiten teilweise stark unterschiedlich, Querschnittsthema Energie schwer vermittelbar

Handlungserfordernisse im Bereich der kommunalen Netzwerkstrukturen

- ↗ Haushaltslage macht eine verstärkte Kooperation der Kommune mit Dritten, insbesondere Unternehmen erforderlich.
- ↗ Die Netzwerkstrukturen hinsichtlich der Interessenverbände aus Handwerk, Handel und Gewerbe müssen deutlich sachorientiert intensiviert werden
- ↗ AGENDA-Büro erscheint im Rahmen der Klimaschutzaktivitäten oftmals als der alleinige Player. Die Außenwirkung, insbesondere hinsichtlich Unternehmen, ist durchaus mit Vorbehalten behaftet.
- ↗ Kooperationen AGENDA-Büro mit dem Amt für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung oder kommunalen Unternehmen (HEAG, Bauverein etc.) sind zu forcieren, um verstärkte Akzeptanz in der Wirtschaft zu schaffen.
- ↗ Die Netzwerke in Hinsicht der wissenschaftlichen Einrichtungen sind zu intensivieren, Kooperationen zu organisieren.

3.2 SWOT-Analyse Eisenach

Nationale und internationale Ebene

Chancen

- ↑ 2007: Der weltweite Handlungsbedarf wird insbesondere durch den 4. Sachstandsbericht des IPCC (Weltklimarat der Vereinten Nationen) belegt. Klimaschutz wird damit anerkanntes als politisches Ziel und somit als Handlungsfeld weltweit erklärt.
- ↑ 2007: Basierend auf den Erkenntnissen des IPCC wird seitens der Europäischen Union ein EU-Aktionsplan zum Klimaschutz und Energieeffizienz. Dieser beinhaltet die klare Anweisung der Mitgliedsstaaten, selbst nationale Aktionsprogramme zu erstellen.
- ↑ 2007: Integriertes Energie- und Klimaprogramm der Bundesrepublik Deutschland wird basierend auf den Vorgaben der EU erstellt: CO₂-Reduktion um 40 Prozent (Basis: 1990 bis 2020)
- ↑ Energiekosten für fossile Energieträger steigen stetig, trotz aktuell niedriger Preise werden für die nächsten Jahre auch von konservativen Experten drastisch höhere Öl- und damit verbunden Gaspreise vorhergesagt.
- ↑ Die Endlichkeit der fossilen Energieträger sind voraussehbar, Experten sagen den Peak Oil (Höchststand der Erdölförderung) für die nächsten Jahre voraus.
- ↑ Die Fördervoraussetzungen seitens des Bundes haben sich im Bereich des Klimaschutzmanagements, aber auch im Bereich der Umsetzung von Maßnahmen, deutlich verbessert (Ausnahme Erneuerbare Energien- und Wärmegesetz für Photovoltaik).

Risiken

- ↓ Kommunen stehen durch Ziele unter hohem (Zeit-)Druck
- ↓ Kommunen schätzen insbesondere in Ostdeutschland Einflussmöglichkeiten selbst als recht gering ein, demografischer Wandel und finanzielle Haushaltslage schränken den Handlungsspielraum zu deutlich ein (Beispiel Halle an der Saale als assoziierte Stadt: Aufgabe der freiwilligen Leistungen, Verpflichtung der kommunalen Mitarbeiter, auf Sachgebietsebene nur noch 30 Stunden wöchentlich zu arbeiten, Entsagung von Weiterbildungsmaßnahmen etc.)
- ↓ Klimaschutz wird als Trendthema angesehen, der Klimawandel als unumkehrbar betrachtet, die ambitionierten Ziele der Bundesregierung oder der internationalen Ebene werden nicht mehr verfolgt.
- ↓ Aktuelle Wirtschaftskrise wird nicht für einen Green New Deal also einen nachhaltigen Umbau des Wirtschaftssystems genutzt.

Allgemeine Rahmenbedingungen

Landesweite Ebene (Freistaat Thüringen)

Chancen

- ↑ Grundsätzlich sind politische Rahmensetzungen in Thüringen vorhanden, somit ist ein Problembewusstsein landespolitisch erkannt. Dies wird belegt durch:
 - Erfurter Erklärung zum Klimaschutz (August 2002)
 - Thüringer Klimaschutzkonzeption (November 2000)
 - Klimaanpassungsstrategie (2009, in Vorbereitung)
- ↑ Klimaschutzstiftung Thüringen (Sitz in Jena) erhält zunehmende Bedeutung in ihren Klimaschutzbemühungen durch eine aktuell verstärkte Integration seitens des Landes in gemeinsame Projekte (Broschüren, Fachtagungen etc.)
- ↑ Weiterhin zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der Solarenergie und Bioenergie im Freistaat Thüringen
- ↑ Besetzung des Themenfeldes Klimawandel, Klimaschutz, Umweltpolitik im TMLNU mittels eines eigenen Referats zum 1. April 2008 (sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)

Risiken

- ↓ Das oben genannte Referat 49 des TMLNU verfügt über kein eigenes Budget. Durch Vorgaben des Doppelhaushaltes wird erst für den 1. Januar 2010 ein eigenes Budget möglich sein. Es besteht hierdurch die Gefahr, dass Projektumsetzungen scheitern, da die Abhängigkeit von anderen Referaten und Ministerien gegeben ist.
- ↓ Fehlen einer Energieagentur hinterlässt weiterhin eine große fachliche Lücke zwischen Kommunen, Verbrauchern, Unternehmen und Freistaat
- ↓ Fehlen von Impulsprogrammen seitens des Freistaats kann zu Stagnation im Bereich Energieeffizienz und Erneuerbare Energien führen
- ↓ Erfurter Erklärung und Thüringer Klimaschutzkonzeption sind sehr allgemein gehalten und haben appellativen Charakter. Ein konkreter Umsetzungsgedanke ist den Leitlinien nicht enthalten, es besteht die Gefahr, dass die Umsetzungsebene, also die Kommunen und Verbraucher, hieraus keine umsetzungsorientierten Schlüsse ziehen.
- ↓ Das grundsätzliche Bewusstsein in der Landespolitik beschränkt sich weiterhin auf die Thematik der Klimawandelanpassung. Außerdem zielt der Freistaat verstärkt in Richtung des Aufbaus von Solarfirmen zur Sicherung der Beschäftigung sowie der Förderung der Bioenergie insbesondere im ländlichen Raum.
- ↓ Der Effizienzgedanke bleibt weiterhin im Hintergrund (Energie- und Kosteneinsparung), Klimaschutz durch Energieeffizienz taucht im politischen Handeln und in Konzepten der Landesregierung auf. Gleiches gilt für die Kommunen, die die Kosteneffizienzpotenziale weiter ausschließen und somit verstärkte Haushaltsbelastungen zukünftig drohen.

Kommunale Ebene Wartburgstadt Eisenach

Chancen

- ↑ Die politischen Rahmenbedingungen befördern auch zukünftig die Klimaschutzaktivitäten Eisenachs. Einerseits verfügt die Stadt über einen Stadtratsbeschluss zum CO₂-Bilanzierung im Rahmen des Beitritts zum Klimabündnis. Außerdem ist die politische Entscheidungsebene mit Personen besetzt, die der Thematik aufgeschlossen ist. Dies gilt insbesondere für die Dezernentin für Bauen, Umwelt und Verkehr, aber auch für den Oberbürgermeister.
- ↑ Durch die ersten Aktivitäten im Rahmen des Projekts wurde das Amt für Stadtentwicklung sensibilisiert. Dieses ließ bspw. im August 2008 eine interne Expertise zur Integration von PV-Freiflächenanlagen in die kommunale Bauleitplanung erstellen. Die Erkenntnisse hieraus fließen in die Aufstellung oder Änderung insbesondere des Flächennutzungsplanes mit ein.

Risiken

- ↓ Die Haushaltssituation der Stadt Eisenach ist kritisch, Investitionen in die kommunalen Liegenschaften können ohne Investoren nicht getätigt werden. Außerdem befindet sich der Haushalt 2009 immer noch im Genehmigungsverfahren mit dem Landesverwaltungsamt (Deckungslücke Stand Januar 2009 von 6 Millionen Euro)
- ↓ Im Juni 2009 stehen Wahlen zum Stadtrat an. Es besteht durchaus das Risiko, dass Klimaschutz und rationelle Energienutzung aufgrund der neuen Zusammensetzung des Stadtrats in den Hintergrund gerät und die Arbeit der Dezernentin für Bauen, Umwelt und Verkehr erschwert wird.

Stärken-Schwächen-Analyse Klimaschutzaktivitäten Wartburgstadt Eisenach – Kommunale Ebene

Bisherige Konzepte und Planungen

Stärken

- ↻ 2008: Mit der Erstellung und dem Beschluss des ersten Energieberichtes für die kommunalen Liegenschaften wurde der Grundstein ein regelmäßiges Berichtswesen gelegt.
- ↻ 2007: Mit der Einweihung des Bürgersolarparks auf kommunalen Bauhof (ehemalige Konversionsfläche) wurde ein Großprojekt initiiert, das kostenneutral für die Stadt durchgeführt werden konnte.

Schwächen

- ↻ Es bestehen seitens der Stadtverwaltung in Eisenach immer noch Einzelaktivitäten, die maßgeblich im Bereich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien und hier insbesondere auf dem Bereich der Photovoltaik liegen. Hingegen finden Effizienzmaßnahmen bspw. durch Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung in Schulen oder gezielte Wärmedämmung an Gebäuden noch zu geringe Aufmerksamkeit. Diese liefern jedoch erst einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz im Bereich der kommunalen Liegenschaften.
- ↻ Bisher existieren noch keine offizielle Stadtentwicklungsstrategie und -konzepte im Klimaschutz und zur Umsetzung von Effizienzmaßnahmen.

- ↪ Es werden die Instrumente einer energieeffizienten und solaren Stadtplanung in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen nicht ausreichend bisher genutzt. Hierzu gehören bspw. eine geeignete Standortwahl, kompakte Bauweise, eine möglichst optimale Südausrichtung der Gebäude etc.

Aktuelle politische Beschlusslage

Stärken

- ↪ 1994: Stadtratsbeschluss für den Beitritt zum Klimabündnis e.V. Aktuelles Ziel des Klimabündnisses (Wiener Kongress Beschluss 2006) ist es, alle 5-Jahre die CO₂ – Emissionen um 10 % zu reduzieren. Dabei soll der wichtige Meilenstein einer Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen (Basisjahr 1990) bis spätestens 2030 erreicht werden.
- ↪ 2006: Die politische Rahmenbedingungen bewirken eine verstärkte Ausrichtung hinsichtlich Klimaschutz, dem Einsatz Erneuerbarer Energien als auch der Energieeffizienz
- ↪ Im Januar 2008 erfolgt der Stadtratsbeschluss zum Energiebericht für die kommunalen Liegenschaften. Der positive Beschluss konnte dadurch erreicht werden, dass der Ökologie auch gleich der ökonomische Nutzen für den kommunalen Haushalt gegenüber gestellt wurde.

Schwächen

- ↪ Die Umsetzung des oben genannten Klimabündnisziels wird bisher nicht stringent verfolgt.
- ↪ Bisher erfolgen ebenfalls noch keine Initiativen zu einer Stadtentwicklungsstrategie „Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Klimaschutz und Wirtschaftsförderung“.
- ↪ Der Stadtratsbeschluss zur Umsetzung der durch das Projekt vorgegebenen Klimaschutzziele (siehe Letter of Intent) gilt nur intern und kann aufgrund der aktuellen politischen Konstellationen offensichtlich nicht beschlossen werden.

Umsetzungen baulicher und verkehrlicher Art

Stärken

- ↪ 2007: Die Errichtung und Einweihung des Bürgersolarpark auf kommunalen Bauhof (ehemalige Konversionsfläche) bedeutet einen großen Schub für die Integration der Erneuerbaren Energien in kommunales Handeln.
- ↪ Die Wohnungswirtschaft und hier insbesondere die Allgemeine Wohnungsgesellschaft Eisenach (AWG Eisenach mbH) sowie die städtische Wohnungsgesellschaft (SWG mbH) forcieren die rationelle Energienutzung insbesondere durch den Einsatz von Solarthermie in Kombination mit Bestandssanierung und Photovoltaik.
- ↪ Die Stadt Eisenach und deren Region verfügen über einen attraktiven und hoher ÖPNV-Standard und einem hohen Nutzungsgrad im Vergleich mit ähnlichen Städten und Regionen. Beispielhaft werden für 2007 genannt:
 - ÖPNV-Netz mit ca. 850.000 Fahrplankilometer
 - ca. 2,5 Mio Fahrgäste pro Jahr
 - Ampelbevorrechtigung / Niederflurbusse in der Stadt
 - Geschätzte CO₂-Einsparung/Jahr: 120 Tonnen

Das kommunale Ziel ist es, den städtischen ÖPNV weiter auf hohem Niveau fortsetzen zu können.

Schwächen

- ↪ Im Bereich des Neubaus ist bisher noch keine Umsetzung von ambitionierten Niedrigenergie- oder Passivhausstandards erkennbar. Dies gilt sowohl für die kommunalen Liegenschaften als auch für den privaten Bereich.
- ↪ Bestandssanierung: Geringe Relevanz der Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien im Bestand, insbesondere in denkmalgeschützten Gebieten (Starke Konfliktsituation ist hier vorhanden!)

Energieversorgung und öffentliche Mobilität

Stärken

- ↪ Es bestehen zwei große Fernwärme-Versorgungsgebiete: Eisenach Nord / Innenstadt und Petersberg, hierüber versorgen die Stadtwerke insgesamt ca. 10.100 Einwohner mit Fernwärme (ca. 25 % der Eisenacher Bevölkerung).
- ↪ Das Gebiet Eisenach Nord/Innenstadt wird zusätzlich zu 100% mit Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen versorgt

Schwächen

- ↪ 2007: Die Unternehmensphilosophie der Eisenacher Versorgungsbetriebe bildet die Chancen und Möglichkeiten der rationellen Energienutzung sowie dem Einsatz Erneuerbarer Energien, insbesondere beim Einsatz kleiner und privater Anlagen in geringer Wiese ab.
- ↪ Der Energiemix der Eisenacher Versorgungsbetriebe ist grundsätzlich konventionell ausgerichtet. Gemäß der Stromkennzeichnungspflicht nach dem Energiewirtschaftsgesetz (§ 42 EnWG) setzt sich der Energiemix 2008 sich aus 15,1 % Kernkraft, 61,4 % fossilen und sonstigen Energieträgern sowie 23,5 % erneuerbaren Energien (Wasserkraft und Wind vornehmlich) zusammen.

Energieberatungseinrichtungen

Stärken

- ↪ Es sind mehrere qualifizierte Energieberatungsangebote sowohl seitens der Versorgungsbetriebe, der Stadt Eisenach als auch der Verbraucherzentrale vorhanden.

Schwächen

- ↪ Die existierenden Beratungsangebote und deren Schwerpunkte sind für Bürger/-innen nicht unbedingt transparent und teilweise auch nicht bekannt. Auch untereinander besteht kaum Abstimmung über die Inhalte der Beratung. Es fehlt vor allem ein umfassendes Beratungsangebot für die Verbraucher hinsichtlich Energieeffizienz für Neubau und Bestandssanierung incl. Förderberatung! Die Beratung seitens der Stadt Eisenach durch den Referenten für Umwelt, Energie und Verkehr wird nach eigenen Angaben nicht offiziell durchgeführt. Die Beratung der Verbraucherzentrale Thüringens wird bei Bedarf angeboten und von einem externen Berater aus Gotha übernommen. Die Eisenacher Versorgungsbetriebe bieten eine Energieberatung ebenfalls an, jedoch ohne klare Kompetenz für Marktanzreizprogramme und Förderung von energieeffizienten Maßnahmen.

Vorrangige Handlungserfordernisse:

- ↗ Klimaschutz und Energieeffizienz sind in zukünftige in Strategien der Stadtentwicklung und -planungen integrieren.
- ↗ Der Zielfokus der Klimaschutzmaßnahmen ist verstärkt auf den privaten und öffentlichen Gebäudebestand zu richten. Energieeffizienz und rationelle Energienutzung sind mit dem Einsatz erneuerbarer Energien sinnvoll zu koppeln.
- ↗ Die Maßnahmen des Stadtumbaus und der Stadtsanierung sind mit energetischen Standards verknüpfen, Maßstab sollte hier zumindest der Niedrigenergiehausstandard sein, also mindestens 60 kWh/m² im Jahr oder weniger). Es sollte konsequent die Förderung energieeffizienter Maßnahmen über bspw. KfW-Mittel oder sonstigen Fördermöglichkeiten verbunden werden. Ambitionierte Energiestandards erhöhen bei richtiger Ausführung die Wohn- und Lebensqualität im Gebäude und senken drastisch die Energiekosten. Dies ist gerade für den Altstadtbereich mit hohem Altbauanteil relevant.
- ↗ Die Kooperationen mit lokalen Dritten (insbesondere Handwerk, Handel und Gewerbe sowie Finanzwirtschaft) sind dringend zu fördern. Dies gilt insbesondere für Klimaschutzaktivitäten im Gebäudebestand. Das Handwerk profitiert von Maßnahmen im Gebäudebestand deutlich mehr als bei Neubaumaßnahmen.
- ↗ Beratungsangebote sind zielgerichtet zu verbinden und zu bündeln, da jedes Angebot eigene Schwerpunkte setzt, die Dritten wiederum kaum bekannt sind. Stadt, Energieversorger und Verbraucherzentrale sowie die Schornsteinfegerinnung sollten Kooperationen eingehen, ein gemeinsames Angebot durchführen und dieses verstetigen.

Stärken und Schwächen Netzwerkstrukturen und –aktivitäten Wartburgstadt Eisenach

Regionale Ebene/Landesebene

Stärken

- ↗ Über Umweltmanagementprojekte, wie Öko-Profit, bestehen Kontakte zum TMLNU, hier insbesondere für das Referat Nachhaltigkeit
- ↗ Es bestehen hervorragende Kontakte zum Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt.
- ↗ Eine hohe Signalwirkung Bürgersolarpark im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit wurde erreicht.

Schwächen

- ↗ Die beschriebenen Kontakte werden zu gering genutzt, um Klimaschutzaktivitäten zu forcieren.
- ↗ Die Stadt ist bisher lediglich ein passives Mitglied des Klimabündnis e.V., die mittlerweile revidierten und der Zeit angepassten Klimaziele des Klimabündnis sind nur wenigen bekannt und werden auch nicht nach außen hin kommuniziert.
- ↗ Die Stadt ist auch nur passives Mitglied im Solarinput e.V., einer Interessenvereinigung der thüringischen Solarwirtschaft. Die Mitgliedschaft erscheint nach außen hin symbolisch.

Kommunale Ebene Zivilgesellschaft

Stärken

- ↻ In den letzten Jahren wurden einige positive Erfahrungen mit Energieeffizienzprojekten an Schulen gesammelt. Hier führte die Stadt gemeinsam mit einem Jenaer Unternehmen und Eisenacher Schulen Dachdämmmaßnahmen durch, um „spielerisch“ Klimaschutz in den schulischen Alltag zu integrieren.“
- ↻ Weiterhin ist ein bundesweit hohes Beteiligungsengagement am Bürgersolarpark zu verzeichnen. Alle Segel sind mittlerweile über Bürgerinnen und Bürger finanziert.
- ↻ Hohe Beteiligung am Runden Tisch Klimaschutz als Informationsplattform. Seit 2007 führt die Stadt Eisenach gemeinsam mit lokalen Akteuren aus
 - Stadtrat, Politik, Bürger,
 - Verbände / Architekten / Energieberater
 - Wohnungsunternehmen
 - Energieversorger
 - Wirtschaft / Handwerk
 - Sparkasse
 - Informationsveranstaltungen zum Themenbereich durch. Aus diesem Runden Tisch Klimaschutz wurden bereits u.a. Energieeffizienzaktivitäten seitens des Wohnungsunternehmens AWG mbH initiiert.

Schwächen

- ↻ Die Integration von Bildungs- und Kultureinrichtungen ist noch ausbaufähig. Die Bildungsaktivitäten im Bereich der Schulen findet keine Fortsetzung, der Bedarf ist jedoch vorhanden. Weiterhin fehlt eine Kooperation mit der Volkshochschule, den Kirchen etc. aufgrund Multiplikatorenfunktion .

Kommunale Ebene und Unternehmen/ Interessensverbände

Stärken/Potenziale

- ↻ Es befindet sich eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von KMU's in Stadt und Region, es bestimmen Handwerk und Zulieferbetriebe den Gewerbemix. Über Öko-Profit bestehen bereits seit einigen Jahren (seit 2002) gute Kontakte u.a. zu Bosch (mittlerweile Ersol) und anderen Firmen, die auch über den Runden Tisch Klimaschutz teilweise weiter gepflegt werden.
- ↻ Es bestehen gute Kontakte zur lokal ansässigen Wohnungswirtschaft
- ↻ Alle relevanten Interessensverbände sind vor Ort, es werden zunehmend gute Kontakte zur Kreishandwerkerschaft oder Forstwirtschaft gepflegt.
- ↻ Seit Dezember 2008 besteht ein Klimabeirat für die Stadt Eisenach, dieser begleitet das Modellprojekt „Klimaschutz in Kommunen“, die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Eisenach und soll zukünftig Empfehlungen sowohl an die Projektbeteiligten als auch an Politik und Verwaltung sich Ziele zu setzen und diese durch ein Managementsystem zu verstetigen.

Schwächen

- ↗ Es fehlen Netzwerkaktivität zur IHK.
- ↗ Es bestehen geringe Synergien und Netzwerkaktivitäten zu den Zulieferbetrieben der Adam Opel AG und ihrem Werk in Eisenach.
- ↗ Es bestehen erhebliche Differenzen seitens der Stadt mit den Eisenacher Energieversorgungsbetrieben u.a. in der Auffassung der Klimaneutralität von Energiearten sowie dem Einsatz Erneuerbarer Energien.

Verwaltung/Politik

Stärken

- ↗ Der Hauptamtlichen Beigeordneten sind zentrale Handlungsfelder im Klimaschutz (Bauen, Umwelt und Verkehr) zugeordnet.
- ↗ Der Referent für Umwelt, Energie und Verkehr bearbeitet ebenfalls zentrale Handlungsfelder und ist oben genannter Beigeordneten direkt zugeordnet.
- ↗ Oberbürgermeister protegiert ebenfalls Aktivitäten zum Klimaschutz in der Öffentlichkeit.

Schwächen

- ↗ Klimaschutz wird seitens eines Referates in der Verwaltung maßgeblich voran getrieben. Dieses Referat ist jedoch gering in die Abstimmungsprozesse bspw. mit der Bauleitplanung etc. eingebunden, so dass Klimaschutz in der Stadtplanung keine Einfluss bisher fand.
- ↗ Es bestehen erhebliche Konflikte zwischen Denkmalpflegebehörden sowie der Stadt Eisenach bezüglich des Einsatzes Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz
- ↗ Ein Informationsaustausch zwischen den einzelnen Verwaltungseinheiten findet bisher nur sehr projektorientiert und somit nicht verstetigt statt.

Handlungserfordernisse auf der kommunalen Ebene

Um ein kommunales Klimaschutzmanagement zu installieren sind folgende Voraussetzungen zu schaffen:

- ↗ Die aktuelle kommunale Haushaltslage macht Kooperation der Kommune mit Dritten, also Unternehmen und Zivilgesellschaft, erforderlich, um Klimaschutzmaßnahmen zu forcieren. Alternative Finanzierungsmodelle, wie bspw. die Finanzierung des Bürgersolarparks sind längerfristig zielführend. Anzudenken sind partnerschaftliche Impulsprogramme, um bspw. Klimaschutzmaßnahmen für private Nutzer von Gebäude zu fördern.
- ↗ Ein verwaltungsinterner Ausbau der Netzwerkstrukturen zur Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung ist dringend geboten, um bspw. Stadtumbauprogramme mit Klimaschutzmaßnahmen zu verzahnen (Koppelungseffekte) und um Informationsdefizite auszugleichen.
- ↗ Der Ausbau der Netzwerkstrukturen zu den Interessenverbänden aus Handel und Gewerbe ist deutlich zu verstärken. Hierzu sollten die bisherigen Kontakte zu den „Zugpferden“ aus Wohnungswirtschaft und der Kreishandwerkerschaft genutzt werden.

- ↗ Der Klimabeirat sollte durch die Empfehlung von Leitlinien die Grundlage schaffen, ein Klimaschutzmanagement in Eisenach zu installieren.
- ↗ Die Vernetzung des Referenten für Umwelt, Energie und Verkehr ist verwaltungsimtern deutlich zu verbessern.
- ↗ Die Kontakte insbesondere zu den Eisenachern Versorgungsbetrieben sind zu verbessern.
- ↗ Der kommunalen Verwaltung fehlt aktuell auch der Mut, Sponsoring oder Fundraising zu betreiben. Strategisch und langfristig müssen alle Fördermaßnahmen seitens des Bundes, der Länder oder Dritter, bspw. der Klimaschutzstiftung Thüringen, ausgelotet und genutzt werden.
- ↗ Bisher fehlen Ansatzpunkte für Forst- und Landwirtschaft zur Förderung der Bioenergie, diese sind deutlich zu forcieren.
- ↗ Es sollte mit Dritten überlegt werden Projekte und Konzepte in folgenden Themenbereichen zu erstellen und zu fördern:
 - Initialberatung „Partnerschaftlich energieeffizient“, gemeinsam mit Schornsteinefegerinnung, Verbraucherzentrale, Versorgungsbetriebe und Stadt, siehe bspw. Beratungsinitiative AltbauPlus der Stadt Aachen oder dem Landkreis Mayen-Koblenz (hier sind eben solche Kooperationen entstanden)
 - Stadtsanierungsprojekt „Denk-Mal Energieeffizient“ gemeinsam mit dem Land Thüringen und der Bauwirtschaft.
 - Mittels eines Klimamanagers ist die Umsetzung für die kommunalen Liegenschaften zu forcieren. Gleichzeitig ist ein kommunales Klimakonzept erforderlich.

3.3 SWOT-Analyse Rheinberg

Klimaschutzaktivitäten Rheinberg Kommunale Ebene Infrastruktur

Stärken

- Geplantes Projekt mit Solvay zur Fernwärmenutzung in Wohngebieten Rheinbergs (Ausgangsleistung 27 MW, letztlich ca. 14 MW), mehrere Verträge wurden unterschrieben, durch die Solvay-Zentrale in Brüssel; Bieterverfahren (alternativ zur Ausschreibung, da mehr Spielraum, wird zzt. eröffnet, Bietergespräche werden folgen.
- Ansätze bei Nutzung erneuerbarer Energieträger: Wind: Bürgerwindräder mit insges. 5 MW sowie einige kleine Windräder mit einigen 100 kW; Solarenergie:

Solarenergie	2004	2005	2006	2007	2008
Lt. N-Bericht komplett im Jahr installierte PV-Leistung in kWp	25	136	170	423	567
Installierte PV- Leistung zum 31.12. des Jahres (2008 vorläufig)	136	170	423	567	798
Anzahl der PV-Anlagen zum 31.12. des Jahres (2008 vorläufig)	12	18	36	50	85

Soweit bekannt hat sich im Bereich der Solarthermie-Anlagen in 2008 die Anzahl von 185 (mit ca. 1.200 m² Fläche) auf 230 (mit 1.570 m²) erhöht.

Zu Deponiegas und Geothermie können derzeit noch keine Angaben gemacht werden.

Schwächen

- Einige Infrastrukturbereiche sind in Bezug auf die Nutzung von Energie auffällig ineffizient organisiert. Einige Beispiele seien im Folgenden aufgeführt.
- Verkehrssystem: Dem ÖPNV mangelt es an Attraktivität, um im Wettbewerb mit dem MIV größere Fahrgastzahlen für sich zu gewinnen. Insbesondere die Anbindung und die Fahrzeiten der regionalen Ziele betreffend, besteht Verbesserungsbedarf. Für regionale Verbindungen wird zuviel Fahrzeit benötigt.
- Energieerzeugung und -bereitstellung werden von großen EVU mit ihrer Quasi-Monopolstellung und ihren hohen Anteilen fossil-nuklearer Energieträger beherrscht. Beim Strom dominiert die RWE AG, bei Gas die Niederrheinische Gas- und Wasserwerke GmbH (NGW), die zur Gelsenwasser AG gehört. Weitere Fakten und Daten wie die zur Zusammensetzung der Energieträger werden im Rahmen der CO₂-Bilanzierung ermittelt.

- Die Potenziale erneuerbarer Energie werden dagegen kaum genutzt: Im Stadtgebiet wird kein Biogas erzeugt, da daran bisher kein Interesse der Landwirtschaft besteht. Nur wenig Solarenergie wird erzeugt und die Nutzung der Geothermie ist ebenfalls schwach.

Beratungsinfrastruktur

Stärken

- Neutrale Impulsberatung für meistens Endverbraucher (Hausherren mit Bau- und Renovierungsabsichten und Kleinbetriebe) wird teilweise durch die Stabsstelle Agenda und Nachhaltigkeit (StAN) geleistet. Fragen kommen zur Technik, zu Kosten, Zuschüssen. Auf eigene Initiative hin wurden auch Architekten und Handwerker angesprochen, um bei diesen Bewusstsein für die praktischen Anforderungen des Klimaschutzes zu schaffen.
- Außerdem und verstärkt berät der KlimaTisch seit 2005 informell, freiwillig, unentgeltlich und weitgehend neutral dieselbe Klientel.
- Darüber hinaus bieten nach derzeitigem Kenntnisstand keine privatwirtschaftlichen Berater ihre Dienstleistungen hauptberuflich an. Es gibt Zusatzqualifizierte Berater, die keine Akquise betreiben, von denen einige sich auch an den Beratungen des KlimaTisches Rheinberg beteiligen. Diese Berater sind bei anderen Betrieben mit Sitz außerhalb Rheinbergs beschäftigt. Die nächsten Verbraucherzentralen in Wesel und Moers bieten nur auf Anmeldung Informationen an. Es kommt umgekehrt auch vor, dass Ratsuchende aus Moers die Initialberatung in Rheinberg in Anspruch nehmen.

Schwächen

- Neutrale Beratungsinfrastruktur ist insgesamt wenig ausgebaut. Bspw. existiert keine Verbraucherzentrale in Rheinberg, die nächsten befinden sich in Wesel, Dinslaken und Moers.

Vorrangige Handlungserfordernisse:

- Verfügbarkeit von Daten zu Energiedurchsätzen insgesamt und in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und der Haushalte, zu dem Anteil erneuerbarer Energie, zu den Energieträgern, zu den Beratungsdienstleistungen u.a. verbessern
- Vorhandene Veränderungsansätze (Solvay) nutzen und ausbauen
- Potenziale erneuerbarer Energie mit Kosten und Nutzen der Erschließung ermitteln (Machbarkeit, Businesspläne!)
- Die Nutzung der Potenziale am Markt mit allen Mitteln unterstützen und durchsetzen
- Neue Zielsetzungen in Planungen verankern, umsetzen und den Fortschritt bei der Umsetzung verfolgen (immer wieder bei Beteiligten nachhaken, Ergebnisse prüfen)
- Infrastruktur neutraler Beratung ausbauen

Kommunale Ebene Politik und Verwaltung

Stärken

- Ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept wurde vom Stadtrat am 24. September 2008 einstimmig beschlossen.
- Die Aktivitäten der Stadt Rheinberg werden im Land NRW positiv wahrgenommen. Zwar hat die Stadt am NRW-Wettbewerb „Klimakommune“ nicht erfolgreich teilgenommen. Dennoch wurde der Koordinator Herr Harnack gebeten, bei einer Veranstaltung nach der ersten Wettbewerbsphase für alle Teilnehmer des Wettbewerbs die Aktivitäten der Stadt Rheinberg vorzustellen.
- Ein hohes Ausgangsniveau wurde durch Beschlüsse in der Vergangenheit und entsprechende Vorarbeiten intern und mit Akteuren außerhalb erarbeitet (*Gefahr: „Ausruhen auf den erworbenen Lorbeeren“*) – s. Anhang
- Starkes Engagement einiger Personen in Leitungsfunktionen und Arbeitsgruppen:
 - Leiter der Stabsstelle Nachhaltigkeit und des Teams Stadtmarketing sowie Koordinator für das DBU-Projekt Herr Harnack
 - Vorsitzender des KlimaTischs Rheinberg
 - (*Unmittelbar daraus ergeben sich Schwächen: Das Risiko für das Ausfallen dieser einzelnen Motoren und damit die Gefahr des Erlahmens ist grundsätzlich hoch. Es kann außerdem leicht zur „Klassenbildung“ zwischen Engagierten („Gläubigen“) und Wenig-Engagierten („Ungläubigen“) kommen.*)
- Stadtverwaltung und Akteure haben positive Erfahrungen mit partizipativen und kooperativen Verfahren (Beteiligung von Kommune, Wirtschaft und Bürgerschaft) im Rahmen der Aufstellungen des StEK 2030+ gemacht:
 - seit 1998 Agenda 21-Prozess mit bis zu 7 Arbeitsgruppen; 1999 1. Zukunftswerkstatt mit 25 Bürgern
 - seit 2001 bürgerschaftlicher Stadtmarketingprozess; gemeinsame Leitbilderarbeitung mit LA 21
 - 2002 bis 2004 Durchführung von 5 Perspektivwerkstätten für die Handlungsfelder sowie 1 zur Prozessstrukturierung mit zusammen ca 150 Bürgerinnen bei externer Moderation
 - 2005 Bildung eines bürgerschaftlichen Steuerungsgremiums für eine nachhaltige Stadtentwicklung (Lenkungsgruppe StEK 2030+ mit Vertretern aus Kirche, Schule, Kindergarten, Sport, Stadtmarketing, Seniorenbeirat, Werbegemeinschaft, Lokaler

Agenda, Unternehmen, Politik, Verwaltung); Einbeziehung z. B. bei der Erarbeitung des 1. Nachhaltigkeitsberichts

- 2006 Bildung eines entsprechenden Gremiums für die operative Ebene (Stadtmarketingbeirat).
- aktuell Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes und – angeregt durch diesen Wettbewerb – eines Klimaanpassungskonzeptes unter Beteiligung des KlimaTischs, sowie geplant breite Öffentlichkeitsbeteiligung.
- Das Vorhandensein der StAN und die Besetzung mit J. Harnack ist von großem Vorteil. *Ein Risiko besteht im Aufkommen von Neid sowie im Entstehen von Angst vor der möglichen Machtfülle.* Zudem können durch die Personalunion mit der Leitung des Teams Stadtmarketing Synergieeffekte generiert werden. Nachhaltigkeit wird durch die Verknüpfung verschiedener Sachgebiete wahrscheinlicher. (Schwächen: grundsätzliche Anfälligkeit, Gefahr der Überlastung)
- Existenz und Zusammensetzung des lokalen Netzwerkes "KlimaTisch" mit Handwerkern, Architekten, Beratern seit 10/2005. *(Unmittelbar darin liegen auch Schwächen: Der KlimaTisch ist unterbesetzt. Die Beteiligung wichtiger Akteure am KlimaTisch fehlt (produzierende Unternehmen, HWK, IHK, Forschungs- und Bildungseinrichtungen u.a. Dadurch fehlt der Einfluss durch und auf jeweilige Akteursgruppen.)*
- Existenz des Runden Tisches „Klimakonzept“ *(Auch dieser hat einen Schwachpunkt: Dem Runden Tisch fehlt nach eigenem Bekunden teilweise Erfahrung auf diesem Gebiet der Erstellung eines Klimakonzeptes, was u.a. durch Mehrarbeit einiger Weniger ausgeglichen werden musste.)*

Schwächen

- Politische Beschlüsse wurden in der Vergangenheit nicht immer vollständig umgesetzt
- Verankerung der Querschnittsaufgabe Klimaschutz im allgemeinen Verwaltungshandeln hat bisher kaum stattgefunden – weder in den traditionellen Querschnitts- noch in den Fachplanungen. Bspw. gilt dies für den Verkehrsentwicklungsplan von 1993 und die Nachträge/Aktualisierungen.
- Es bestand bis 2008 Nachholbedarf in Bezug auf die Steigerung von Energieeffizienz und Klimaschutz. Bis dahin wurden nur geringe Ressourcen in dieses Handlungsfeld investiert. Daher wurde Vieles ehrenamtlich geleistet.
- Bisher kam es vor, dass interessante Investitionen und Aktivitäten durch einseitige kurzfristige Überlegungen verhindert wurden (einschl. budgetwirksamer Sparprojekte). Relation zwischen einmaliger Investition und dauerhafter Einsparung wurde nicht richtig erkannt (bzw. die Amortisationsraten von Investitionen waren nicht bekannt)
- Die Umsetzung von Zielen fällt teilweise schwach aus. Dies betrifft etwa die Anwendung der EnEV bei Neubauten. 2007 erbrachte eine Bestandsanalyse von 325 aktuellen Wohngebäude-

Bauakten bzgl. der Wärmedämmung, dass 85 % der Hausbauer ohne Förderung weiterhin Standard bauen, d.h. es wird die EnEV rechnerisch eingehalten, aber ohne weitere Dämmung darüber hinaus. Auch eine Untersuchung der Energieagentur NRW kommt zu dem Schluss, dass Soll und Ist (unter Berücksichtigung des Nutzerverhaltens) weit auseinanderklaffen. Zzt. sind dagegen jedoch noch keine Klagen bekannt. Möglicherweise liegt der Grund darin, dass die Energieverluste noch unterschätzt werden, die Nichteinhaltung der ENEV als eine Art Kavaliersdelikt eingeschätzt wird und gegenüber dem Aufwand einer Klage ihr Nutzen unterschätzt wird.

- Das Klimaschutzengagement muss derzeit noch mit einer geringen personellen Kapazität und mit wenigen Ressourcen auskommen. *(Eine Stärke ist jedoch die Einstellung eines Energieberaters in 7/2008; allerdings besteht wiederum das Risiko, dass er sich an internen Widerständen aufreibt.)*
- Selbstverpflichtung auf schwierige Langfrist- und Gemeinwohlthemen wie Klimaschutz noch bei zu wenigen Mitarbeitern erkennbar.
- Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter äußern, dass sie sich durch die Neuerungen überfordert fühlen. Es entsteht eine Abwehrhaltung ggü. den neuen Anforderungen. Widerstände bspw. im Bereich des Gebäudemanagements sind festzustellen.
- Insgesamt ist die Datenlage noch unbefriedigend. *(Eine Stärke allerdings ist der Ansatz J. Harnacks, der für das Klimaschutzmanagement Daten sammelt.)*

Vorrangige Handlungserfordernisse:

- Bisherige Erfahrungen reflektieren, um die richtigen Anreize zu erkennen: Was hat wie gewirkt?
- Gewonnene Reputation im Handlungsfeld Klimaschutz einsetzen, um dadurch bspw. weitere Expertise und passende Investoren zu akquirieren
- Bereits aktivierte Akteure weiter und stärker einbinden sowie neue Akteure gewinnen
- Sich nicht „auf den Lorbeeren ausruhen“
- Neue Arbeits- und Organisationsformen fördern und Elemente des Neuen Steuerungsmodells aufgreifen
- Analysen der Potenziale, ihrer wirtschaftlichen Verfügbarkeit sowie die Hindernisse ihrer Nutzung gezielt vorantreiben, d.h. ohne Datenfriedhöfe zu produzieren
- Personelle Kapazitäten ausbauen, Akteure stärker einbeziehen (durch systematische Zielgruppenarbeit)
- Umsetzung der Maßnahmen stets mit Erfolgskontrollen vorantreiben
- Das Klimaschutzkonzept als Handlungsprogramm mit Prioritäten usw. tatsächlich nutzen

- Instrumente und Methoden des Veränderungsmanagements nutzen: Interne Kampagne wie in einem Unternehmen starten, das vor einer großen neuen Aufgabe steht
- Interne Motivationsarbeit v.a. mit positiven Anreizen bei stetiger Wertschätzung der Personen; Sinnstiftung ist weiterhin mit Charme, Humor, ernsthafter Gelassenheit nötig
- Klimaschutz muss zum Herzensanliegen gemacht werden!

Netzwerkstrukturen und –aktivitäten (Zugänge zu Potenzialen)

Zivilgesellschaft / Unternehmen

Stärken

- Das Engagement einiger weniger Interessierter ist sehr groß: Vorsitzender des KlimaTischs, Ulrich Hecker (Sonnendach Vertriebs GmbH),

Schwächen

- In großen Teilen der Bevölkerung und bei vielen Akteuren/ Entscheidern sind Aktivitäten wenig bekannt und/oder stoßen noch auf wenig Interesse. Die Beteiligung ist noch schwach.
- Entsprechend fehlen im KlimaTisch und im Runden Tisch „Klimakonzept“ wichtige Akteure: produzierender Unternehmen, Interessenvertreter der Wirtschaft (IHK, HWK), Vereine und Verbände, Forschungs- und Bildungseinrichtungen.

Unternehmen/ Interessensverbände

Stärken/Potenziale

Einige große Unternehmen weisen sehr große Einspar- oder Effizienzpotenziale auf. Mit einigen werden bereits Gespräche geführt (*):

- Deutsche Solvay Werke GmbH (Chemie) *
- ESCO GmbH & Co. KG (Salzgewinnung)
- Aumund Fördertechnik GmbH (Fördertechnik)
- Schiffer GmbH & Co KG (Druckerei)
- Rhein-Ruhr-Beschichtungs-Service (thermische Spritzbeschichtung)
- Dämmen Jungpflanzen GmbH (Pflanzenzucht) *

Es arbeiten einige Immobilienverwaltungen in Rheinberg, zu denen ebenfalls gerade Zugänge erschlossen werden.

Die größeren unter ihnen sind:

- LEG Duisburg: rd. 650 WE
- Hausverwaltung & Immobilien Frey GmbH: rd. 600 WE
- Hausverwaltung U. Kemkes: rd. 500 WE
- Wohnungsgenossenschaft e.G.: rd. 300 WE

Schwächen

- Die Bereitschaft der privatwirtschaftlichen Verwaltungen sich auf Pilotprojekte einzulassen ist unterschiedlich ausgeprägt.
- Die Vorbildfunktion der Stadt mit rd. 250 öffentlich geförderten WE ist fraglich. Es besteht zzt. die Tendenz die Bestände abzustoßen.

Vorrangige Handlungserfordernisse:

- Neue Formen der Zielgruppenarbeit überlegen und fördern (bspw. auf Kirchengemeinden und Vereine, Immobilienverwaltungen und Wohnungsbaugenossenschaften, Schulen u.a.)
- Motivationsarbeit und Sinnstiftung durch Vermittlung betriebswirtschaftlicher Vorteile verknüpft mit emotional-ethischen Argumenten, abhängig von Zielgruppe und Kontext
- Geduld und Ausdauer bewahren

Politik und Verwaltung

Stärken

- Das politische Klima in Rheinberg gilt i.A. als gut. Dadurch wird konstruktives Arbeiten für alle Beteiligten erleichtert.
- Politiker verfügen durch Mitgliedschaften in verschiedenen Gremien über Zugänge u.a. zu:
 - Energieverbrauchern (Linksniederrheinische Entwässerungsgenossenschaft, LINEG; Kommunales Wasserwerk)
 - Sparkassenzweckverband (Kreditausschuss, Verbandsversammlung, Verwaltungsrat)
 - Verwaltungsrat der „wir4“ Wirtschaftsförderung Kamp-Lintfort, Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg
 - Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebunds NRW

Schwächen

- Zu den großen Energieversorgern und -verbrauchern sind zunächst keine direkten Zugänge erkennbar

Vorrangige Handlungserfordernisse:

- Es ist zu klären, wie hilfreich solche Zugänge tatsächlich sind und welche anderen Möglichkeiten der transparenten Einflussnahme ggf. genutzt werden können.
- Bei positiver Einschätzung sind die Zugänge ab jetzt aufzubauen.
- Jeder Akteur sollte seine konkreten persönlichen Einflussmöglichkeiten pro Klimaschutz für sich selbst und gemeinsam mit Mitstreitern analysieren
- Die Mechanismen solcher Initiativen (die erhebliche Innovationen voraussetzen) verstehen lernen, um die psychologischen, sozialen, ökonomischen, fiskalischen sowie juristischen Hemmnisse beseitigen zu können

Anhang: Vorhandene Beschlüsse und Vorarbeiten in Rheinberg

Vorhandene Beschlüsse

- 26.06.2001 einstimmig Leitbild einschließlich Leitlinien zum Umgang mit Energie beschlossen (von Stadtmarketing und Lokaler Agenda 21 gemeinsam erarbeitet und im Konsens getragen)
- 12.05.2004 Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement
- 12.12.2006 Nachhaltigkeitsbericht mit Zielvereinbarungen für die ges. Stadtentwicklung, u.a. auch zum Bereich Energie
- Anfang 2006: Vorlage eines ersten Energieberichts. Auftrag an die Verwaltung, ein kommunales Energiemanagement aufzubauen
- 24.06.2008 Ratsbeschluss zum Beitritt zum europäischen Klimabündnis sowie Erwerb und Arbeit mit dem neuen ECO₂-Programm zur kommunalen CO₂-Bilanzierung.
- 24.09.2008: einstimmiger Beschluss des Klimaschutzkonzeptes durch den Rat der Stadt Rheinberg

Vorarbeiten (Projekte) der Verwaltung (z.T. mit externen Akteuren):

- seit 1994 bis 2007 E-Förderung beim Verkauf städtischer Grundstücke KfW 60, Solaranlagen, Be- und Entlüftungsanlagen
- 1997 BHKW für Hallenbad, Gymnasium, Bücherei

Wettbewerbe und Aktionen wie

- seit 2003 Wettbewerb "clever mobil und fit zur Arbeit", 2008 11 Betriebe aus Rheinberg
- seit 2004 Ökoprofit als Stadt, 2004 mit Dienstleistungsbetrieb, 2006 mit Verwaltung
- seit 2004 Energieberichte (allerdings ist die Aussagekraft für vorliegende Fragestellung im weiteren Verlauf noch zu überprüfen)
- seit 2004 Systematisierung des Themas: Zuordnung von Zielen, Maßnahmen und Indikatoren, (Nutzung von Energie wird umfassend als Handlungsfeld im Kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement betrachtet)
- seit 2005 verstärktes Energieberatungsangebot
- seit 2005 Dachflächenverpachtung PV
- Feb. März 2007 „E-fit“ (Kampagne zur Schulung des Mitarbeiterverhaltens in Verwaltung)
- seit 2007 Planung der Fernwärmeversorgung ab 2010/2011
- 05-08/08 Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes
- ab 7/2008 kommunaler Energieberater

Vorarbeiten mit Akteuren außerhalb der Verwaltung, teilweise mit deren erheblicher Unterstützung

- 2000 Planung von 5 Bürgerwindrädern, Inbetriebnahme 12/2003: 5,06 MW Nennleistung, 7,8 kWh Jahresstromertrag; Initiator Kurt Jursik
- seit 2004 Ökoprofit (viertes Ökoprofit startet 11/2008 kreisweit)
- seit 2005 Klimatisch, verstärktes Bewusstsein, Exkursionen, Kampagnen
- seit 2006 Energiesparer NRW für Gebäude, 100 Auszeichnungen
- 2008 Solarkampagne
- Netzwerk Regenerative Energie in KMU ist in Vorbereitung, Start war geplant in 9/07

3.4 Presseresonanz

3.4.1 Wissenschaftsstadt Darmstadt

Frankfurter Rundschau vom 27. Januar 2009

Netzwerk Nachhaltigkeit- Stadt bündelt Öko-Wissen

VON FRANK SCHUSTER

Keine Politikerrede kommt mehr ohne aus. Der Begriff "nachhaltig" ist zum Blähwort verkommen. Ursprünglich der Forstwirtschaft entlehnt, führt er jedoch durchaus Gutes im Sinn: Ressourcen sollen nur in dem Maße genutzt werden, wie Bestände natürlich nachwachsen. Eine alte ökologische Wertvorstellung also, an die das in Darmstadt gegründete Netzwerk Nachhaltigkeit (Nena) anknüpfen will.

In seiner Auftaktsitzung am Montag hat das zwischen der Stadtverwaltung und den für Klima- und Umweltschutz relevanten städtischen Tochtergesellschaften geknüpfte Netzwerk erste Entscheidungen getroffen. So sollen zum Beispiel in Darmstadt Bürgersolaranlagen stärker gefördert, ein Jobticket für Mitarbeiter der Stadtverwaltung eingeführt und die Nutzung von Biomasse (Energie aus nachwachsenden Rohstoffen) ausgebaut werden. Biomasse wird unter anderem schon im Freizeithaus der Stadt Darmstadt in Lindenfels im Odenwald genutzt und - zusätzlich zu Erdwärme - im Wissenschafts- und Kongresszentrum Darmstadtium.

Jobticket und Carsharing

Ein Jobticket bietet mit dem Chemie- und Pharmaunternehmen Merck bereits ein großer Arbeitgeber in Darmstadt an. Doch nicht nur dieses soll künftig Mitarbeiter in der Verwaltung dazu anhalten, ihr Auto zu Hause stehen zu lassen. Auch Carsharing (die organisierte gemeinschaftliche Nutzung eines oder mehrerer Autos) soll gefördert werden. "Es muss nicht jedes Amt eigene Fahrzeuge vor der Tür stehen haben", sagte der zuständige Dezernent Klaus Feuchtinger (Bündnis 90 / Die Grünen). Wenn er auch einräumen musste, dass die bisherigen Versuche noch nicht die erhoffte Wirkung gezeigt hätten. "Ich würde mir schon wünschen, Carsharing würde stärker genutzt."

Energie, Bauen, Nahverkehr

An dem Netzwerk "Nena" beteiligt sind die für Mobilität, Energie, Bauen, Wohnen, Immobilienmanagement und Entsorgung zuständigen städtischen Tochtergesellschaften. Unter anderem: der Strom- und Gasversorger Heag Süd Hessische Energie (HSE), die Wohnbaugesellschaft Bauverein, die Verkehrsunternehmen Heag Mobilo und Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation (Dadina) sowie der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Darmstadt (EAD). "Nena" soll ein- bis zweimal im Jahr tagen und einen regen Austausch innerhalb der Stadtverwaltung und der Stahlwirtschaft erzeugen sowie konkrete Arbeitsschritte für mehr Klimaschutz festlegen", sagte Feuchtinger. Durch den gegenseitigen Informationsaustausch soll es möglich werden, so der Umweltdezernent, selbstgesteckte und politisch gewollte Klima- und Umweltschutzziele umzusetzen und im Gegenzug beratend auf die städtischen Gremien einzuwirken. Die Stadt hat sich hohe Ziele gesteckt: Als Mitglied im Klima-Bündnis europäischer Städte und als eine von drei deutschen Mo-

dellkommunen soll die Emission von Kohlendioxid (CO₂) bis 2020 um 40 Prozent reduziert werden, bis 2050 sogar um 80 Prozent (Basisjahr ist 1990).

Um zu wissen, wo die Stadt auf mehr als dem halben Weg bis zum Jahr 2020 steht, stellt das in Darmstadt ansässige Institut Wohnen und Umwelt (IWU) derzeit eine aktuelle Klimabilanz zusammen, die voraussichtlich im Juni vorliegen wird.

Darmstädter Echo Online vom 24. Februar 2009



Kraftwerk auf dem Schuldach

Immobilienmanagement prüft mehr als 20 weitere Standorte

SOLARMODULE sind auf dem Dach der Heinrich-Heine-Schule montiert. Sie gehören zur ersten Bürgersolaranlage in Darmstadt, die bis Ende März ans Netz gehen soll

Auf dem Dach der Heinrich-Heine-Schule sind Metallgestelle montiert. Exakt gen Süden ausgerichtet. Es sind die Träger für Sonnenkollektoren.

Auf den Halterungen davor sind bereits einige Module montiert. Hier entsteht Darmstadts erste Bürgersolaranlage. Sieben Privatpersonen finanzieren dabei gemeinsam das Sonnenkraftwerk auf einem öffentlichen Gebäude. Ende März soll es in Betrieb gehen.

Das von der Klimaschutzgruppe innerhalb der „Lokalen Agenda 21“ und dem Agenda-Büro initiierte Vorhaben ist erst der Anfang. In den kommenden Jahren sollen Privatpersonen einen siebenstelligen Betrag in ähnliche Gemeinschaftsprojekte in Darmstadt investieren.

Maximal 33 000 Kilowattstunden Solarstrom sollen im Jahr auf dem Dach der Heineschule produziert werden. Für Jens Bolze, den Leiter des städtischen Agenda-Büros, wird damit ein Grundgedanke des Agenda-Prozesses umgesetzt.

„Die Anlagen bieten Bürgern die Möglichkeit, sich direkt am Klimaschutz zu beteiligen“, sagt er. Die Heineschule ist für ihn das „Schlüsselprojekt“. Den „ganz großen Wurf“ erwartet Umweltsenior Klaus Feuchtinger (Grüne) für die Zukunft.

Auf mehr als 20 Dächern öffentlicher Gebäude sollen Bürgersolaranlagen mit einer Leistung von 500 000 Kilowattstunden errichtet werden. Dieses Ziel hat sich eine neu gegründete Arbeitsgruppe Photovoltaik gesetzt. Sie setzt sich aus Vertretern des Bau- und Umweltseniorats, der Heag-Holding, der Hochschule, des Agendabüros und der Klimaschutzgruppe zusammen.

„Wir werden die Agendagruppe eng einbinden“, kündigt Klaus-Michael Ahrend vom Vorstand der Heag-Holding an. Dass sich die Heag an dem Großprojekt beteiligt, freut Feuchtinger besonders. Derzeit prüft Immobilienmanagement Darmstadt, welche Dächer geeignet sind.

„Es ist unser erklärtes Ziel, die Wissenschaftsstadt Darmstadt als Stadt der erneuerbaren Energie zu positionieren“, erklärt Ahrend. Damit soll auch ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt werden. Die hatte 2007 das Ziel formuliert, mehr Photovoltaikanlagen zu bauen.

Die Investitionssumme von 140.000 Euro bringen sieben Bürger auf – jeweils zwischen 12.000 und 23.000 Euro. Für die künftigen Anlagen soll es auch andere Beteiligungsformen geben. So sollen sich auch Privatleute mit kleineren Summen engagieren können.

Die Investoren erwarten auch eine Rendite. Wenn sie auf 20 Jahre ihr Geld anlegen, wollen nicht nur etwas für die Umwelt tun und regenerativ Strom erzeugen. Mit der Bürgersolaranlage wollen sie auch bares Geld verdienen. Denn die Einspeisung des Solarstroms in das HSE-Netz wird vergütet. 43 Cent gibt es nach Angaben Bolzes pro Kilowattstunde.

Einen Gewinn verspricht sich auch die Stadt von dem Bürgerengagement. Die Solaranlagen sollen dazu beitragen, dass sie ihr Klimaschutzziel erreicht. Bis 2020 will Darmstadt den Kohlendioxid-Ausstoß um 40 Prozent, bis 2050 um 80 Prozent mindern

3.4.2 Stadt Eisenach

Pressemitteilung der Wartburgstadt Eisenach vom 26. September 2008

Umweltminister Thüringens zu Arbeitsbesuch in Eisenach

Eisenach - Im Rahmen eines Arbeitsbesuchers besichtigte der Thüringer Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt, Volker Sklenar, gemeinsam mit Baudezernentin Gisela Rexrodt und Vertretern der Stadtverwaltung den Bürgersolarpark in der Gaswerkstraße und das angrenzende Grundstück des ehemaligen Gaswerks.

Der Minister war beeindruckt von den Photovoltaikanlagen auf den 34 Solarsegel, die seit ihrer Inbetriebnahme im Dezember 2007 bereits 32000 Kilowattstunden Strom produzierten. Bei der Besichtigung des angrenzenden Grundstücks des ehemaligen Gaswerks erklärten die Eisenacher dem Umweltminister, wie sie sich eine künftige Nutzung dieses mit Altlasten kontaminierten, rund vier Hektar großen Areals vorstellen könnten: oberirdisch eine Erweiterung des Solarparks und gleichzeitig unterirdisch eine kontinuierliche Entgiftung des Bodens mit modernen biotechnischen Verfahren unter wissenschaftlicher Kontrolle. Da die Giftstoffe im Boden organische Stoffe sind, könnten dafür spezielle Bakterienstämme eingesetzt werden. Da derzeit das Grundstück jedoch mit einer Veränderungssperre belegt ist und eine Entkontaminierung praktisch unbezahlbar ist, warben die Eisenacher mit ihrer Präsentation um die Unterstützung des Ministers. Dieser lobte die Initiative der Verwaltung und versprach seine Unterstützung, wenn zu diesen Plänen ein fundiertes Konzept eingereicht wird. Vielleicht könne daraus ja auch ein Modellprojekt für Thüringen entwickelt werden.

Um ein Umdenken und die Suche nach intelligenten Lösungen ging es auch bei der Vorstellung des bundesweiten Modellprojektes "Modellkommune Klimaschutz" sowie konkreter Klimaschutzaktivitäten in Eisenach. Die Stadt ist eine von drei Städten in dem Modellprojekt, bei dem eine ökologische und nachhaltige Gestaltung der Städte im Mittelpunkt steht. Zudem soll mit dem

Projektpartner, der Fachhochschule Erfurt, ein nachhaltiges Energiemanagement zur Vermeidung von Kohlendioxid (CO₂) entwickelt werden. Das Projekt dauert drei Jahre und startete am 1. Februar 2008. In der Gesprächsrunde mit Minister Sklenar im Rathaus informierte Guido Spor von der Fachhochschule Erfurt über die Inhalte des Modellprojektes, erste Ergebnisse in Eisenach und die nächsten Vorhaben. Nach der Vorlage des Energieberichtes (www.eisenach.de/fileadmin/files_db/Buergerservice/Klimaschutz/Energiebericht_Stadt_Eisenach_-_1-2008.pdf) der Stadt wird nun derzeit an einer Stärken-Schwächen-Analyse gearbeitet. Vorbereitet wird die Erarbeitung eines CO₂-Berichtes für Eisenach. Zudem soll im nächsten Jahr ein Konsultationsprozess initiiert werden, bei dem Kontakte und Diskussionsmöglichkeiten zu Themen des Klimaschutzes zwischen Bürger und sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen vermittelt und unterstützt werden. (pm/stv/[rbr](#))

Pressemitteilung der Wartburgstadt Eisenach vom 11. März 2009



Die Stadt Eisenach hat einen Klimabeirat berufen, der am 9. März seine Arbeit aufgenommen hat. Er ist der erste seiner Art in Thüringen. Der Beirat soll zwei bis drei Mal pro Jahr tagen, die Verwaltung sowie die Kommunalpolitik beraten und Projektideen anstoßen. Zum Beirat gehören Vertreter des Thüringer Umweltministeriums, der Klimaschutzstiftung Jena-Thüringen, der LEG, der IHK und der Kreishandwerkerschaft, der Wohnungsgesellschaften SWG

und AWG, der Eisenacher Versorgungsbetriebe (EVB) und der Stadtansierungsgesellschaft S.S.G.

Gisela Rexrodt als zuständige Umweltdezernentin zeigte sich hocheifrig über die konstruktive und ergebnisorientierte Arbeit des Gremiums. Sie kündigte an: „Wir werden in Kürze eine CO₂-Bilanz für die Stadt Eisenach erstellen lassen, um unsere Minderungspotenziale zu erkennen und umzusetzen.“

Wichtig ist dem Beirat, Konzepte für langfristig bezahlbare Energie zu entwickeln. SWG und AWG können gemeinsam mit der EVB schon heute auf große Erfolge zurückblicken. 90 Prozent des Wohnungsbestandes haben hervorragende Verbrauchswerte, die sich deutschlandweit sehen lassen können. Dennoch soll der Ausbau kraftwärmegekoppelter Nahwärmenetze, Solarthermie und Fernwärme geprüft und weiter vorangetrieben werden. Die Beteiligung an einem diesbezüglichen Projekt des Bundesbauministeriums haben beide Wohnungsunternehmen bereits beschlossen.

Eine erste solarthermische Großanlage wurde von der AWG in der Friedrich-List-Straße installiert, um erste praktische Erfahrungen im Geschosswohnungsbau zu sammeln.

Diskutiert wurde auch, ob mittelfristig im Südviertel dezentrale Nahwärmenetze entstehen könnten. Seitens der EVB wird es hierzu Voruntersuchungen geben.

Wichtigster Partner für all diese Aufgaben sind das örtliche Handwerk sowie Planer und Architekten.

Der Beirat möchte deshalb eine Plattform aufbauen - bestehend aus Fachfirmen, die Dienstleistungen rund um die Themen Energieeinsparung und Erneuerbare Energien anbieten - um interessierten Bürgern die Möglichkeit der kompakten Information zu geben.

Im Herbst diesen Jahres wird der Klimabeirat erneut zusammentreten.

Interessierte am Projekt „Klimaschutz in Kommunen“ können sich an die Stadtverwaltung, Ralf Päsler, Tel. 670-526, E-Mail: ralf.paesler@eisenach.de wenden. Weitere Informationen: www.eisenach.de/klimaschutz

3.4.3 Stadt Rheinberg

Rheinische Post vom 4. September 2008 - von UWE PLIEN

Kommt das Klimakonzept? - CDU und FDP wollen das Klimakonzept für die Stadt Rheinberg in der vorgeschlagenen Form nicht mittragen. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vertagte die Entscheidung gestern Abend in die Ratssitzung.

Beigeordneter Jürgen van Impel sagte im Ausschuss, dass der städtische Verwaltungsvorstand nach anfänglichen Bedenken für die Umsetzung des Klimakonzeptes sei.

Klimaschutz wollen alle – über den Weg dorthin gibt es aber unterschiedliche Meinungen. Das wurde gestern Abend im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt deutlich. Dort stellten Ulrich Hecker und Jens Harnack vom Rheinberger Verein „KlimaTisch“ die von ihnen und anderen in mühevoller, fleißiger Kleinarbeit entwickelten Vorstellungen für ein Klimamanagement und ein Klimakonzept vor.

Dieses Konzept soll künftig als Leitlinie beispielsweise bei Baumaßnahmen in der Stadt Rheinberg maßgeblich sein. Ein Ziel dabei ist, die CO₂-Emissionen drastisch zu verringern. „Das Konzept ist ambitioniert, aber die Ziele sind realistisch“, warb Jens Harnack. „Der Aufwand für die Stadt ist groß, der Nutzen aber ist noch größer.“ Ein Beispiel: die Wirtschaftsförderung. Die Ziele könnten aber nur erreicht werden, wenn möglichst viele Akteure an einem Strang zögen: Handwerk, Betriebe, Politiker, Verwaltung – alle. Ulrich Hecker: „Von dem, was wir machen möchten, können viele profitieren.“

Klimaschutz in Kommunen

Die Stadt Rheinberg ist in Sachen Klimaschutz schon lange vorne mit dabei. Durch die Mitwirkung im Modellprojekt „Klimaschutz in Kommunen“ der Fachhochschule Erfurt hat sich die Stadt verpflichtet, ein zukunftsweisendes Klimaschutzmanagementkonzept zu erarbeiten.

Doch nicht alle im Ausschuss wollten den Vorschlag mittragen. Während die Bündnisgrünen dem Konzept auf der ganzen Linie zustimmen können, wollte Michael Kuklinski für die SPD wenigstens gesichert haben, dass für die Umsetzung zu schaffende Stellen tatsächlich mit 80 Prozent für zunächst drei Jahre gefördert werden. Dank der günstigen Förderung müsse die Stadt für einen Klima-Manager und ein mehrköpfiges Energieberater-Team pro Jahr nur 70.000 Euro aufbringen, rechnete Harnack vor.

Hoher finanzieller Aufwand

CDU und FDP sahen das anders. Der finanzielle Aufwand sei enorm, meinte FDP-Mann Norbert Nienhaus „Dem können wir nicht zustimmen.“ Und Heinz-Dieter Bartels (CDU) ging das Konzept erheblich zu weit. Auch er führte u.a. die hohen Investitionskosten an. Jens Harnack gab zu bedenken, dass eine finanzielle Förderung an ein beschlossenes, belastbares Klimakonzept gebunden sei.

Der Ausschuss ließ eine Entscheidung auf Wunsch der CDU-Fraktion (Beratungsbedarf) noch offen und wird im Rat beschließen.

Niederrheinische Zeitung vom, 11. September 2008- von Ulrich Wefers

Der Profit liegt in der Luft- Klima-Tisch Rheinberg hat ein umfangreiches und sehr ambitioniertes Konzept erarbeitet. Stadt kann Vorreiter werden.

In Sachen Klimaschutz könnte Rheinberg bundesweit eine Vorreiterrolle spielen. Zu verdanken ist dies den Mitstreitern des KlimaTischs, die in den vergangenen Monaten in mühevoller Kleinarbeit ein Klimaschutzmanagement und Klimakonzept erstellt haben.

Schon jetzt kann die Stadt einiges vorweisen, sind doch in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen die meisten Auszeichnungen "Energiesparer NRW" nach Rheinberg vergeben worden. Und im November will Ministerin Christa Thoben noch weitere Auszeichnungen vergeben. Auch beim kreisweiten Ökoprofitprojekt hat Rheinberg mit den vielen Betrieben, die sich hier engagierten, die Nase vorn.

Doch der Klima Tisch hat sich noch ehrgeizigere Ziele gesteckt. Nicht zuletzt, weil sich die Stadt im Rahmen des bundesweit geförderten Modellprojektes "Klimaschutz in Kommunen" der Fachhochschule Erfurt, an dem sich auch die Städte Darmstadt und Eisenach beteiligen, verpflichtet hat, ein zukunftsweisendes Klimaschutzmanagement zu erarbeiten. So sollen die Kohlendioxid-Emissionen drastisch reduziert werden. Wurden in diesem Jahr 345 000 Tonnen in die Luft geblasen, will man dies bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent vermindern. Einsparpotenziale, so Jens Harnack, der als Vertreter der Verwaltung am Klima Tisch sitzt, gebe es in allen Bereichen, von der Mobilität über die Energieeffizienz in Unternehmen bis hin zur Altbausanierung und zur Nutzung erneuerbarer Energien.

Es sei ein sehr ambitioniertes Konzept, meint Harnack. Aber der Nutzen für die Stadt sei groß. So könnten beim Erreichen der Ziele die Bürger insgesamt pro Jahr zehn Millionen Euro bei den Energiekosten einsparen. "Das Geld steht dann für andere Ausgaben zur Verfügung." Zudem würden bei einer erfolgreichen Umsetzung erhebliche Investitionen angestoßen, die den lokalen Markt in großem Umfang stärken. Und da es Fördermittel gebe, gelangten die verstärkt nach Rheinberg. "Von dem, was wir machen möchten, können viele profitieren. Die Bürger und auch Handwerk und Handel", bringt es Ulrich Hecker vom Klima Tisch auf den Punkt. Dafür gelte es aber, die vielen unterschiedlichen Akteure zusammen zu bringen und sie für die gute Sache zu begeistern.

Um all dies zu verwirklichen, braucht's Personal. Die neuen Stellen wie zum Beispiel die eines koordinierenden Klimaschutzmanagers, so Jens Harnack, würden zunächst für drei Jahre mit 80 Prozent bezuschusst. "Allerdings nur, wenn das Klimaschutzkonzept beschlossen wird." Ob diese Zukunftsvisionen Wirklichkeit werden, wird sich in der nächsten Ratssitzung entscheiden. Im Hauptausschuss waren da seitens CDU und FDP kritische Stimmen zu hören. Allerdings meldete die CDU noch Beratungsbedarf an. Der Klima Tisch kann also noch hoffen.

Alle sollen mitmachen

Niederrheinische Zeitung vom 18.09.2008 – von Heike Tobies

DICKE LUFT. Rheinberger Klimakonzept vorgestellt. Kohlendioxid soll reduziert werden.

RHEINBERG. Den Kohlendioxidausstoß in Rheinberg verringern und dabei viele Mitbürger einbeziehen - das ist die Quintessenz des neuen Klimakonzeptes, das im Stadthaus vorgestellt wurde. Referenten waren, Jens Harnack, Leiter der Stabstelle für Nachhaltigkeit und Wirtschaftsförderung, Ulrich Hecker, erster Vorsitzender des Klima-Tisches Rheinberg, und Dr. Holger Kreft als Projektbegleiter. Alleine von der Bevölkerung Rheinbergs (33000 Einwohner) würden im Jahr 345 000 Tonnen Kohlendioxid (CO₂) produziert. "Bei den Berechnungen haben wir bewusst Großunternehmen wie Solvay ausgeklammert, deren Einbezug erfolgt später", berichtete Harnack. Ziel sei es, bis 2020 den CO₂-Wert um 40 Prozent zu reduzieren.

Optimaler arbeiten

Mit Unterstützung der Bürger war in mehrmonatiger Arbeit das Konzept entwickelt worden, mit dem auch Energiekosten gesenkt werden sollen. Im Vorfeld waren zahlreiche Unternehmen angesprochen worden, die zwar derzeit schon viel für den Klimaschutz tun, jedoch noch optimaler arbeiten könnten. Fürs neue Konzept sollen Handwerker, Handel, Vereine und Organisationen werben. Es sieht einen Klimaschutzmanager und ein Energieberatungsteam vor, das mit dem nötigen Fachwissen gezielt Hilfestellung geben kann. Dabei werde es nicht nur um Komplettpakete mit Objektberatung gehen, sondern auch um Hilfe beim Ausfüllen von Förderanträgen, beispielsweise für die Wärmedämmung von Häusern. Dem Einwand aus dem Publikum, dass dies eine finanzielle Belastung für Privathaushalte sei, entgegnete Kreft: "Dass Geld fehlt, ist nicht der einzige Aspekt, es fehlt auch die Beratung und Aufklärung zu Teilschritten." Vom Bürger würde keine Enthaltensamkeit verlangt, sondern es werde ein Lernprozess angestrebt, nachhaltiger zu leben, um eigene Energiekosten zu senken.

Westdeutsche Zeitung vom 3. Dezember 2008

Klimaschutz: Rheinberg will Hauptstadt der Energiesparer werden - von Simone Andrea Mayer

Wer beim Heizen kräftig spart, muss trotzdem keine kalten Füße bekommen.



Rheinberg. Rheinberg ist ein Ort für Idealisten. Hier fährt der städtische Energieexperte mit dem Fahrrad durch die Kommune und sucht Häuser ohne Sonnenkollektoren auf dem Dach. Hat er eins gefunden, klingelt der Mann in der Radlerhose und mit Fahrradhelm an der Tür und versucht, die Bewohner davon zu überzeugen, ihr Haus energiebewusst umzubauen. „Ich bin einer, der unermüdlich treibt“, sagt Jens Harnack von sich selbst.

Das mag der Grund sein, warum in keiner Stadt Nordrhein-Westfalens sich so viele Einwohner darum bemühen, Energie einzusparen oder selbst zu erzeugen wie in Rheinberg. Landesweit wurden laut NRW-Energieagentur dorthin die meisten Plaketten für besonders energieeffiziente Häuser vom NRW-Wirtschaftsministerium vergeben: 136 von 1000 gingen an Bewohner der Stadt im Kreis Wesel.

Der Rheinberger Stadtrat hat beschlossen, den CO₂-Ausstoß in der Stadt bis zum Jahr 2020 um rund 40 Prozent zu reduzieren. Die Stadt ist zudem dem europäischen Klimabündnis (Frankfurt/Main) beigetreten und hat sich damit verpflichtet, bis zum Jahr 2050 die einwohnerspezifische CO₂-Belastung auf 2,5 Tonnen pro Jahr zu reduzieren.

Bis 2020 sollen 6000 Häuser energiesparend saniert werden

Aber die Rheinberger wollen noch mehr erreichen: Laut Stadtratsbeschluss sollen bis 2020 zwei Drittel der 9000 Wohnhäuser so energiesparend saniert werden, dass sie kaum noch Heizkosten verursachen. Neubauten sollen ganz ohne normale Heizung auskommen. „In jeder Stadt sparen Bürger Energie, aber ein so umfassendes Projekt ist bislang einmalig“, sagt der Experte der NRW-Energieagentur, Markus Feldmann. „Wenn es gelingt, so viele Hausbesitzer zu erreichen, dann geht das auf ein einmaliges Engagement der Stadt Rheinberg zurück.“

In Zahlen ausgedrückt: 6000 Altbauten sollen laut städtischem Klimakonzept jährlich nur noch 40 bis 60 Kilowattstunden (kWh) pro Quadratmeter an Heizenergie verbrauchen, Neubauten etwa 15 kWh. Laut NRW-Verbraucherzentrale benötigen Wohngebäude derzeit durchschnittlich etwa 200 kWh pro Quadratmeter. „Wenn wir es schaffen, zwei Drittel aller Gebäude so energieeffizient zu sanieren, sind wir die Hauptstadt der Energiesparer in Deutschland“, sagt Rheinbergs Energieexperte Jens Harnack.

Aber die Herausforderung ist groß: Noch reihen sich in dem ruhigen Städtchen am Rhein nicht Dächer mit Sonnenkollektoren oder Vorgärten mit Wärmepumpen aneinander. Bis zu dem Beschluss des neuen Klimakonzeptes hat Harnack nur 350 Hausbesitzer von einem Umbau überzeugen können. Das Vorhaben der Stadtverwaltung, nun die ganze Stadt zum Umbau zu bewegen, versetzt daher Experten in Staunen. „Es ist auch eine bauliche Herausforderung“, sagt die Architektin Lale Salur. Sie weiß: „Nicht bei jedem Altbau lassen sich die Umbaumaßnahmen umsetzen.“

Doch die Umbauwilligen Rheinbergs haben ein Vorbild: Das 34 Jahre alte Haus der Familie Schlötels. Sie hat vor drei Jahren das renovierungsbedürftige Gebäude gekauft. Die Fenster waren undicht und die alte Heizanlage musste erneuert werden. „Statt die Technik nur auszutauschen, entschieden wir uns dafür, in energiesparende Techniken zu investieren“, sagt Marcus Schlötels. Er kaufte eine Wärmepumpe, Solarkollektoren und einen Pelletofen fürs Wohnzimmer. Heute ist sein Altbau ein sogenanntes Niedrigenergiehaus. „Wir bewohnen 200 Quadratmeter und geben für Heizkosten, Strom und Wasser im Monat nur 150 Euro aus.“

Experten berechnen das Einsparpotenzial der Hausbesitzer

Die Stadt wird nun fünf Energieberater einstellen, die auf alle Wohnhausbesitzer persönlich zugehen sollen, um deren individuelles Einspar-Potenzial zu berechnen und den Umbau auf Wunsch auch zu planen. Die Baukosten nimmt die Stadt den Hausbesitzern aber nicht ab. „500bis 1500 Euro pro Quadratmeter müssen die Bewohner investieren“, sagt die Architektin. Staatliche Förderinstitute wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau unterstützen solche Umbauten jedoch. Erste Umbauwillige machen schon gemeinsam mit Energieexperte Harnack Fahrradtouren zum Anwesen der Schlötels. „Alle fragen mich: Was kriegst Du dafür?“ berichtet Schlötels. „Ich antworte: Nichts, denn erstmal musste ich viel Geld investieren. Aber ich wohne in einem Haus, das immer warm ist, habe coole Technik und Spaß, da ich viele Jahre lang Heizkosten spare.“

3.5 Klimakonzept der Stadt Rheinberg